

# Wortlaut

## Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Wortlaut“ erscheint mit täglichen Beilagen sowie „Welt und Zeit“. Es ist Substitutionsorgan der „Völkischen Zeitung“ und „Völkischer Beobachter“. Organ des Reichsausschusses der Arbeiterpartei Deutschlands. Redaktion: Halle, Marktstraße 4. Telefon: 24605, 24607, 24608. Persönliche Auskunftsstellen: Marktstraße 4. Druck: Halle, Marktstraße 4. Preis: 1 bis 2 Uhr. — Unverlangt eingesandene Manuskripte ist kein Rücksendungsgut.

Bezugspreis monatlich 2,00 RM. u. 0,30 RM. Substitutionsgebühr, insbes. 2,30 RM., für Abnehmer außerhalb des Reichs. Postbezugspreis 2,20 RM., bez. d. d. Reichs. Postumschlagung an den Verlag 2,00 RM. — Anzeigenpreis 13 Pf. im Anzeigen- und 80 Pf. im Reklameteil der „Wortlaut“. Druckerei: Halle, Marktstraße 4. Telefon: 24605, 24607, 24608. Postfach: 20111. Halle.

### Nach dem Auszug der Saboteure

# Der Reichstag arbeitet

## Sozialdemokrat Breitscheid gegen deutschnationale Verleumdung

Berlin, 11. Februar. (Eig. Bericht.) Die Reichstags-Sitzung am Mittwoch begann mit der Erklärung eines Streikbrechers der nationalen Opposition. Der Landvolksführer Abg. Bödlich sagte sich in einer kurzen, aber gewissermaßen erhellenden Rede über die Lage der nationalen Opposition. Er erklärte, dass die deutschen Nationalen vor der Hand keine andere Politik verfolgen können, als die der Saboteure. Er forderte die Nationalen auf, sich für die Bekämpfung der Saboteure einzusetzen. Er erwähnte die Tätigkeit der Nationalen in der Reichstags-Debatte und die Unterstützung der Saboteure durch die Nationalen. Er forderte die Nationalen auf, sich für die Bekämpfung der Saboteure einzusetzen.

anden, wurde er aggressiv und drohte den Sozialdemokraten und der Mitte mit den Rindgen der Unterführung seiner Fraktion an die Reichsregierung. Dann nahm Dr. Breitscheid zu einer Rede das Wort, die sowohl die Regierungsbank wie die lange Reihe der Abgeordneten zur Aufmerksamkeit zwang. Kern seiner Rede war der Hinweis, daß selbst bei gutem französischem Willen die Entscheidung über die Lösung der Reparationsfrage bei Nordamerika liege.

Darum sei es Unsinns, Zwietracht zwischen die europäischen Völker, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich, zu tragen. Nur eine europäische Verständigung könne nicht im feindsinnigen Sinne, sondern mit dem Ziele des Verständens und des Verständnisses entsprechenden Einflusses auf Nordamerika gemindert. Kredite von Frankreich für die Bekämpfung der Saboteure, wenn keine politischen Verbindungen damit verknüpft seien. Eugen Berg sprach über die Forderungen aus dem Reichstag. Deshalb konnte dieser verlogene Politiker in dieser Sitzung zu einer seiner infamsten Behauptungen nicht Auge in Auge gestellt werden. Dieser notorische Feind der Wahrheit hat jüngst behauptet, daß die

### Sozialdemokratie in dunklen Beziehungen zu weltlichen Geldmännern.

Der Mann wurde im Auswärtigen Ausschuss gefoltert. Zu Folge, sich zu beantworten, schickte er dann hinter verschlossenen Türen seinen Büchsenjäger Dr. C. u. a. vor. Dieser erklärte großartig, seine Fraktion werde in öffentlicher Parolen-Verhandlung dazu Stellung nehmen. Bis jetzt aber haben der Führer Eugen Berg und seine ganze gleichzeitige Gesellschaft sich gedrückt. Breitscheid sagte: „Wer solche Behauptungen aufstellt, wie der Abg. Eugen Berg, macht sich einer

### Der Liebling der Nazis.

Von Otto Landberg.

Die nationalsozialistischen Agitatoren reifen im Lande herum und werfen in Beschlüssen bald dem einen, bald dem anderen Sozialdemokraten vor, daß er in der Zeit des Krieges gegen Bezahlung in französischen Diensten gestanden habe. So wenig entzückt auch unsere Freunde von dem Gedanken sind, den politischen Kampf im Gerichtssaal fortzuführen, jeder von ihnen wird, wo es auf diese neue und schmutzige nationalsozialistische Verleumdung ankommt, unmissverständlich Entschlossen sein, um dem Verleumdungsgeist entgegenzutreten, daß es Grenzen gibt, deren Überschreitung nicht ohne Mißfolge erfolgen kann.

Worauf stützt sich die oben erwähnte Verleumdung? Ein französischer Kaufmann Crozier, der während des Krieges unter dem Namen Desgranges für sein Vaterland Spionendienste leistete, hat ein Buch unter dem Titel „In geheimer Mission beim Feinde“ geschrieben, worin er über seine angeblichen Heldentaten berichtet. Darin behauptet er u. a., daß er in Holland Mitglied eines geheimen terroristischen Komitees gewesen sei und daß er Beziehungen zu deutschen Revolutionären gehabt habe. Ob diese Mitteilung der Wahrheit entspricht, kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls ergibt sich aus dem Buch selbst, daß Crozier mit seinem deutschen Sozialdemokraten in Verbindung gestanden hat, denn er bespricht die Männer der Richtung, mit der er Verbindung gehabt haben will, als Mitbewerber sozialistisch und stellt sie in Gegensatz sowohl zu den Sozialdemokraten als auch zu den Unabhängigen Sozialisten um Soale.

Die Mitteilungen Croziers werden von den Nationalsozialisten umgelogen in die Behauptung, daß Sozialdemokraten, deren Namen in dem Buch überhaupt nicht genannt werden, mit Crozier in Verbindung gestanden, ihm Material gegen Deutschland zur Verfügung gestellt, z. B. alle bevorstehenden Dienstleistungen verraten und von ihm Geld empfangen hätten. Dieses Treiben der nationalsozialistischen Agitatoren ist nicht anders, als so zu erklären, daß der Mangel an Ehrgefühl es ihnen unmöglich macht, den Wert des Reichsgutes der Ehre zu erkennen. Zugleich verraten sie aber durch die Erhebung Croziers zum Kronzeugen eine Art Selbstverleumdung, die jedes vorstellbare Maß übersteigt. Denn das Buch des französischen Spionisten wimmelt von den ungeheuerlichsten Lügen, die jeder halbwegs urteilsfähige Mensch als solche erkennt; nur die Erneuerer Deutschlands in ihrer intellektuellen Niedrigkeit vermögen Herrn Crozier nicht zu durchschauen.

Crozier erzählt, daß eine seiner hervorragendsten Mitarbeiterinnen in Holland eine deutsche Sozialistin (er nennt sie die Tochter der Brünhild) Eva von Hollenberg, die Gattin eines deutschen Offiziers, gewesen sei. Sie habe ihm die vorzüglichsten Informationen überbracht, ihn auch einmal in Düsseldorf vor der Verhaftung bewahrt, sie habe sogar an der Ermordung deutscher Gegenpartei teilgenommen usw. Diese angebliche unterirdische Tätigkeit; machte es der Dame aber nach Herrn Crozier nicht unmöglich, sich mit ihrem Gatten in Brüssel zu treffen und bei einem Essen, das er seinen deutschen Kameraden gab, als Tischdame eines höheren Offiziers vom Stabe des Generalgouverneurs teilzunehmen und mit ihrem Tischherrn politische Gespräche zu führen. Crozier erzählt weiter, daß er während des Krieges mit einem deutschen Offizier von E. auf der Jagd gewesen sei, daß der verdorbene Wallon gleichzeitig während des Krieges bei Brüssel in Amsterdam auf ihr zusammengekommen sei und allerlei politische Dinge mit ihm besprochen habe! Er berichtet, daß er Teile der Infolge der Flucht in den deutschen Wäldern liegenden deutschen Handwerkszeuge gekauft und in den Besitz der Gattin überführt habe! Er sagt seinen Lesern weiterzumachen, daß er von einem deutschen Kriegsgericht in contumaciam zum Tode verurteilt worden sei, was ein Ding der Unmöglichkeit ist, da dem deutschen Strafrecht im Gegensatz zum französischen ein Kontumazialverfahren unbekannt ist und er entsetzt sich ferner nicht folgendes zu erzählen: Als er eines Tages das Bedürfnis gehabt habe, nach Brüssel zu reisen, sei er zum deutschen

die Frucht der Reichstagsarbeiten  
leinswegs zu einer langweiligen allgemeinen  
Lebenserleuchtung im Reichstag geführt hat. Er  
wurde immer schief distanziert, nur die Be-  
schimpfungen und wüsten Unterbrechungen sparten.  
Man muß den Raum nicht in sich das Kom-  
pliment machen, an diesen beiden Tagen gezeigt zu  
haben, wie sehr die Nationalsozialisten und Deut-  
schnationalen an parlamentarischer Schulung und  
Bündelung unter dem Rindgen der kommunisti-  
schen Fraktion stehen. Freilich brachte ihr Redner  
in dieser außerpolitischen Debatte viel Unflut vor.  
Seine Behauptung, daß der Reichstag von den  
Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten  
eine Einheitsfront bilde, kann doch wirklich nur  
mit Gelächter aufgenommen werden. Besser waren  
seine Hinweise, daß die Nationalsozialisten sich  
zuletzt aus Furcht vor einer Stellungnahme zur  
Luzenpolitik gelöst seien. In der Zeit hat sie  
ihre entsetzliche Halbheit gegenüber dem Völk-  
bund, haben die demütigsten Erklärungen Sitters  
an französische Chauvinisten, die auch Breitscheid  
später inkonsequent, und hat die Ablehnung kommu-  
nistischer Anträge gegen Jung-Blau und Verfall:  
Vertrag deutlich genug gezeigt, daß die

### Nationalsozialisten eine sehr schwebende Stufen- politik betreiben.

Wahrscheinlich hat der Kommunismus recht, wenn er  
sagte, die Nationalsozialisten seien sehr froh, daß  
sie zu den kommunistischen Anträgen gegen Jung-  
Blau und Verfaller Vertrag nicht Farbe zu be-  
kennen brauchen. Die Kommunisten glänzen nun  
in dem Akt, gegenüber den Tribünen und Ver-  
handlungsbezüglichen die nationalen Deutschen und  
die lebensfeindlichen Vertreter eines oppositio-  
nellen Nationalismus zu sein. Daß der Kommu-  
nismus behauptet, Stahlhelm und Reichsbanner seien  
die schwarze Reichswehr der deutschen Bourgeoisie  
für den Krieg gegen England, grenzt an Zirkus.  
Niemand von der russischen Regierung wird im  
Erfolg an einen solchen Unflut glauben. Der Kommu-  
nismus sagte das, um die Arbeiter seiner Rich-  
tung gegen die antisozialistische Organisation des  
Reichsbanners aufzubringen.

Zur nationalen Opposition bekannte sich dann  
noch der Wirtschaftsparteiler Wallath, der  
Landvolksabgeordnete Hepp und der christlich-  
sozialen Abgeordnete Simpfendorfer. Er hielt  
eine im ganzen sympathische Rede, indem er die  
Christen der Welt aufforderte, mit den deutschen  
Christen gemeinsam gegen die Kriegsschuldigkeit und  
für eine Weltpropaganda gegen den Verfaller  
Vertrag gemeinsame Sache zu machen. Würde  
auch von den Sozialdemokraten das Christentum  
Empfindliches als echt empfunden, so wären  
solche antisozialistische Bemerkungen des Jung-  
Blau und Verfaller wiederholt den Einbruch der  
Sozialdemokraten herbei. Herr Abel vertritt am  
nur sechs Abgeordnete, aber er tritt auf, als hätte  
er die stärkste Fraktion hinter sich. Als seine Platt-  
heben nicht die nötige Aufmerksamkeit im Hau-

### Idamlosen Verleumdung schuldig.

Der Vorwurf, ein niederträchtiger Verleumdung zu sein,  
bleibt also auf Herrn Eugen Berg sitzen, wenn er  
nicht entweder seine Äußerung dementiert oder sie  
zurücknimmt. Nur beides ist nicht zu rechnen, denn  
Eugen Berg kann nicht anders, als mit Mitteln der  
Verlogenheit arbeiten. Das zeigt seine ganze  
Rede. Den Abschluß des Tages bildete eine ge-  
dämpfte nationale Rede des konservativen Grafen  
Westarp. Es folgten die Abstimmungen. Der  
Zentrumsabgeordnete Erling beantragte, über das  
deutschnationale Mißtrauensvotum gegen den  
Reichsaussenminister Curtius zur Tagesordnung  
überzugehen, da die Antragsteller durch ihr Fern-  
bleiben aus dem Hause Ludwig haben, daß sie  
an ihrem eigenen Antrag kein Interesse haben.  
Das Haus stimmte dem zu. Der kommunistische  
Reichsaussenminister wurde in gemeinsamem  
Rechtsausschuss abgelehnt. Er behauptet, daß  
die sonstigen noch vorliegenden Anträge soll morgen  
abgelehnt werden. Es ist beabsichtigt, über alle  
nationalsozialistischen und deutschnationalen An-  
träge durch Überlegung zur Tagesordnung hinweg-  
zugehen, solange diese beiden Fraktionen der Par-  
lamentsarbeit fernbleiben.

### Komödienpiel um Diäten.

Dr. Frid hat im Reichstag beantragt, die durch  
das Fernbleiben der Nationalsozialisten erpar-  
ten Diäten den berechtigten Erwerbslosen überwie-  
sen zu lassen. Reichstagspräsident Röbe hat Frid mit-  
geteilt, daß ihm bisher von einem Bericht der ein-  
zelnen nationalsozialistischen Abgeordneten auf  
Diäten nichts bekannt geworden sei. Auch konnte der  
Reichstagspräsident nicht über die abgesehenen  
Diäten verfügen, da diese von der Reichsliste ein-  
gehalten würden.

## Ein Erfolg der Arbeiterregierung

### Der Mißtrauensantrag der Konservativen abgelehnt

Das englische Unterhaus genehmigte in dritter  
Lesung mit 282 gegen 226 Stimmen den von der  
Regierung geforderten Kredit von fünf Millionen  
Pfund Sterling zur Beschaffung von Siecklungsland  
zur Anlage von landwirtschaftlichen Muster-  
gütern.

Die Konservativen verhielten sich bezüglich des Ge-  
setzes zu verhalten, das mit den Stimmen der Li-  
beralen und der Arbeiterabgeordneten angenommen  
wurde. Die Regierung will mit der bewilligten  
Summe u. a. in kürzester Zeit

### 100 000 neue landwirtschaftliche Betriebe

schaffen, auf denen Arbeiter und Landwirte selbst  
angestellt werden sollen.  
Am Mittwochabend begann die Debatte über  
einen konservativen Mißtrauens-  
antrag, in dem die Regierung angefaßt wird,  
sie verschwende Staatsgelder in einer Zeit der größ-  
ten wirtschaftlichen Not. Nach der Rede des kon-  
servativen Antragstellers erhob sich unter dem stür-  
mischen Beifall der Arbeiterpartei der Finanzminister  
zur Erwiderung. Zu einer großen Rede hielt  
Ermond eine erdumarmliche Rede, in der die kon-  
servativen Demagogie, was zu den futuristischen  
Zeiten und Unterbrechungen führte. Ermond  
begann mit den Worten, es sei eine schamlose Kühn-  
heit der Arbeiterregierung Vorwürfe zu machen,  
nachdem die Konservativen eine vierjährige beispiel-

lose Verschwendungspolitik getrieben und der Ar-  
beiterpartei nichts hinterlassen hätten als Schulden  
und ein Finanzchaos. Im weiteren Verlauf seiner  
Rede erklärte der Finanzminister, die finanzielle  
Lage des Landes sei sehr ernst. Dennoch glaube er,  
daß das wirtschaftliche Fundament Englands so ge-  
lände sei, daß das Land ohne Verletzung seiner wirt-  
schaftlichen Basis aus der Krise glücklich heraus-  
kommen werde. Die Rede Ermonds machte einen  
leichten Eindruck auf das Haus.

Das konservative Mißtrauensvotum gegen die  
Regierung wurde um 11 Uhr nachts mit 310 gegen  
235 Stimmen abgelehnt.

Nachdem Ermond mit den Konservativen ab-  
gelehnt hatte, richtete er eine ernste Mahnung an  
die Parteien. Er sagte, die wirtschaftliche und  
finanzielle Lage Englands sei sehr ernst. Die Pro-  
duktion sei um 20 Prozent gefallen und den Aus-  
sprechend auch die Staatseinnahmen. Zur Aus-  
balancierung des Etats müsse eine Ausgaben-  
beschränkung versucht werden. Von allen Teilen  
müßten jedoch Opfer gefordert werden, wenn Eng-  
land die Krise überleben solle. Nicht eine einzelne  
Partei könne die Krise lösen. Die Not der Stunde  
erfordere die gemeinsame Anstrengung und die  
Hilfe aller, um der schwierigen Lage des Landes  
Herr zu werden und um den alten Wohlstand wieder  
herzuzufinden. Parteivorteile aus dieser schmerz-  
vollen nationalen Krise herauszuschlagen, wäre der Ruin  
des Landes.





# Was ist die Neuzug?

Eine programmstehende, Zur Reaktion zählende, Von politischer Dummheit strotzende, Bei Bolschot ausbeutende, Lügen verbreitende, Total verpönte, Mit Würdem durchgeführte, Dem Feind gegenüber, Jede Ehre missachtende, Nach Unflut trachtende, Die Befehle verletzende, Nach Ministerstellen jagende, Vom Binntraufschuß befehlende, Von Beantwortung entweichende, Die Befragung vernachlässigende, Auf Gott und Welt schwärmende, Bei Gefahr Angst schweigende, In stillen Ort sitzende, Blind gleichartig abgesetzte, Erbitterte Legende, Zum Kriege treibende, Selbst hinter der Front bleibende, Sid-Trost bewachsende, Allezeit gern rauschende, Nach Verlassen aufgepumpte, Moralisch selbsterlöschende, Dem Abbruch zu übergebende, Ihren Zusammenbruch erlebende, Egozentrierte „Deutsche Arbeiterpartei.“

## „Klassenkampf“-Kampf

In seiner feindlichen Ausgabe kündigt das heilige Rindblatt für die „hallischen Arbeiterzeitung“ eine „neue Sensation“ in der AR an. An den Kopf des kommunistischen Propagandakriegs steht die AR. Sie hätte die Vorführung des hallischen Verfassungsausschusses bei der Staatsanwaltschaft gegen den vom Reichsausschuss bestellter Verwaltungs- direktor Ragner und gegen den Angeklagten Kaufmann Strauß angeklagt. Beide sollen un- betugt offenbart haben, was ihnen in amtlicher Eigenschaft über die Krankheit einer Reichsleiter bekannt geworden ist.

Auch diese Sensation des „Klassenkampf“ ist ein Abenteuromanöver der kommunistischen Propaganda in der AR. Sie ist mit dem Straf- verfahren gegen Pfeiffer und Genossen nach der Niederlage im ARB. will man offenbart den Kampf in der AR. Die AR ist fortgesetzt. Das bis zu den schließlichen Mitteln geschickt, ist bei der Realität des „Klassenkampf“ nicht ver- merkblich.

Nachdem man den die Funktionen des „Genossen Köhler“ besser wahrnehmenden Angefallenen zu sich hat und durch die gemeinlichen Denunziationen bezüglich seiner früheren Krankheit nicht zur Strecke bringen konnte, versucht man es jetzt an anderem Wege. Nach Ragner ist den Herren sehr unangenehm. Er ist nämlich als Beamter des Reichsausschusses in der AR. bestellter worden, um Ordnung in die durch die kommunistische Wirtschaft herbeigegeführten Unordnungen zu bringen. Die Einzelheiten wissen, wie jeder Andrebernde von den kommunistischen Maßnahmen beobachtet wurde. Viele Angefallene können davon ein Lied singen. Auch junge kräftige Angestellte, die noch 20 Jahre Dienst tun konnten, wurden, weil sie andere- politischer Ansicht waren, insam pensioniert. Die Kaffe hat heute noch dafür Bestreben aufbringen.

Kun sollen diese beiden Herren „die Interaktion eines Mitgliedes zu gunsten eines schwerreichen Ar- beitgebers geschäftlich“ haben. Ein Wort da- von ist wahr. Das eigenartige Verfahren wird Arbeit darüber bringen, das auch hier wieder der Wunsch der Vater des Gedankens war, die verhassten Gegner zu befechtigen.

### Vortrag Prof. Dr. Herz verbrochen.

Wegen plötzlicher Erkrankung des Herrn Prof. Herz kann sein letzter Vortrag „Der Reichs- richterliche in der Geschichte“ nicht heute, sondern erst am Donnerstag, dem 19. Februar, statt- finden.

**Wetterberichter.** Freitag: Nordwestliche Winde, schnell wechselnde Bewölkung, mäßiges Schneefälle, etwas kälter. Samstag: Süd- westliches, vielfach heiteres Wetter mit Nadihoch- wochen. Sonntag: Südwestliche Winde, schnell wechselnde Bewölkung, mäßiges Schneefälle, etwas kälter.

**Volksprüfung im Schmeinfeld.** Das Rechen- erziehungsinstitut hat die nächste Schmeinfeld- prüfung am den 2. März festgesetzt.

**Die Diensträume des Reichsausschusses.** Die Diensträume des Reichsausschusses sind zum Wälderstraße 1 nach Verlegung der Straße 12 verlegt worden. Das Gehört ist wie- bisher Montag und Donnerstags von 8 bis 13 Uhr geöffnet. Fernsprecher Nummer wie bisher 21 590.

**Die Festhaltung der Sonn- und Feiertage.** Wie der Reichsausschuss der Antwort des Reichsausschusses Minister des Innern auf eine Kleine Anfrage einer Landtagsabgeordneten ernt, ist die Fest- haltung der Sonn- und Feiertage, des inneren Zuges der Sonn- und Feiertage bestimmt, den Staatsmini- steriorium unterbreitet worden.

# Bergünstigungen für Lohnsteuerzahler

## Was der Arbeiter und der Angestellte für die Steuerzahlung wissen muß

Von dem Recht, sich die Steuerlasten zu erleichtern, machen die Unternehmer mehr Gebrauch als Arbeiter und Angestellte. Das ist bis d. darauf zurückzuführen, daß die Unternehmer durch föhlich vorgedebite Kräfte Möglichkeiten einer Steuererleichterung reiflos ausnutzen. Der Arbeiter ist aber manchmal über die Möglich- keiten nicht genügend unterrichtet. Im folgenden sollen deshalb die Bestimmungen erläu- tert werden, die für die Lohnsteuerpflichtigen eine Ermäßigung des Steuerbetrages vorsehen.

**Bei der Lohnsteuer**  
werden im Gegensatz zur veranlagten Einkommen- steuer die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse des einzelnen im allgemeinen nicht berücksichtigt. Dagegen werden bei allen Lohnsteuerpflichtigen gleich hohe Beträge vor der Berechnung der Lohn- steuer als steuerfrei abgesetzt. Es handelt sich dabei um a) den steuerfreien Lohn- betrag mit 14,40 M. wöchentlich, 60 M. monatlich und 720 M. jährlich; b) den Zuschlag für Werbungskosten und Sonder- leistungen mit 9,60 M. wöchentlich, 40 M. monatlich und 480 M. jährlich. Insgesamt werden also von den Lohnsteuerpflichtigen Einkommen als steuerfrei 24 M. wöchentlich, 100 M. monatlich und 1200 M. jährlich abgesetzt. Der sogenannte steuerfreie Lohnbetrag läßt das Existenz- minimum frei.

### Bei dem Zuschlag für Werbungskosten und Sonderleistungen handelt es sich um:

**Werbungskosten** sind die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einkünfte gemachter Aufwendungen. Solche Aufwendungen muß jeder Lohn- und Gehaltsempfänger machen: er hat zum Beispiel Ausgaben für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, für Verpflegung und Verbef- lechtung u. a. Werbungskosten sind also nur die Ausgaben, die in den besonderen Umständen des Berufs begründet sind. Dazu gehören nicht die Ausgaben zur Erhaltung der Gesundheit, und Arbeitskraft des Steuerpflichtigen.

Unter dem Begriff der **Sonderleistungen** ist das Gesetz folgende Ausgaben zusammen- gefaßt: 1. Beiträge zur Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angefallenen-, Witwen-, Waisen- und Erwerbslosenver- sicherung, 2. Beiträge zu Sterbefällen; 3. Lebensversicherungsprämien; 4. Ausgaben des Steuerpflichtigen für die bewußte Fortbildung; 5. Kirchensteuer; 6. Gemeinnützige Beiträge, Beiträge zur Arbeits- kammer usw.

Die Beiträge nach Nr. 1 bis 3 umfassen auch die Zahlungen des Steuerpflichtigen für seine Saushaltsangehörigen. Die Beiträge nach Nr. 1 bis 3 dürfen zusammen nicht 480 M. jähr- lich übersteigen. Dieser Betrag erhöht sich jedoch für die Ehefrau und jedes minderjährige Kind um je 100 M.

Während im allgemeinen durch den Zuschlag für Werbungskosten und Sonderleistungen die ge- nannten Aufwendungen steuerlich erheblich befreit sind, ist eine Erhöhung der Steuerpflichtigen in einzelnen Fällen zulässig. Der Steuerpflichtige muß nachweisen, daß seine Werbungskosten und Sonderleistungen zusammen den Betrag von 40 M. monatlich übersteigen bzw. die Werbungs- kosten oder die Sonderleistungen allein den Betrag von 40 M. monatlich übersteigen. Das ist sehr häufig der Fall, ohne daß ein entsprechender Antrag auf Erhöhung gestellt wird. Es dürfte sich darum für jeden Steuerpflichtigen verdienen, sich

### Markeit über die Höhe seiner Werbungskosten und Sonderleistungen

zu verschaffen. Zugrunde zu legen sind dabei neben den oben angeführten verbleibenden Werbungs- kosten und Sonderleistungen noch folgende Posten, die in einzelnen Fällen eine Rolle spielen: Mündige Steuerpflichtige zahlen neben den So- zialversicherungsbeiträgen auch noch Beiträge für Unfallversicherung, Betriebspensionen, Rentenkaufplan u. a.) oder aber der Arbeitgeber führt den Betrag für seine Arbeiter und Angestellten an diese Raufe ab. Solche Beiträge gelten als steuerpflichtig Arbeitelohn; andererseits gehören sie zu den abzugsfähigen Werbungskosten. Sie können also auch auf die Höhe der Sonderleistungen geltend gemacht werden.

### Arbeitsbeschädigte Steuerpflichtige

s können oft neben den unmittelbar durch die Kriegs- beschädigung veranlaßten noch weiteren Werbungs- kosten und Sonderleistungen geltend machen, die ebenfalls eine Erhöhung der steuerfreien Beträge rechtfertigen.

Er gibt sich aus dieser Zusammenstellung, daß der steuerfreie Zuschlagbetrag der Werbungs- kosten und Sonderleistungen von monatlich 40 M. über- schritten wird, so kann ein

### Antrag auf Erhöhung des Zuschlages

an das Finanzamt gestellt werden. Diesem An- trag ist die Steuerkarte für 1931 beizulegen. Sie ist für diesen Zweck vom Arbeitgeber zurückzu- fordern. Der Antrag muß eine eingehende Auf- stellung der Werbungskosten und Sonderleistungen enthalten. Dabei sind möglichst Leuttungen und sonstige Belege für die Aufwendungen beizulegen, so daß die Angaben unbedingt glaubwürdig sind. Wird dem Antrag stattgegeben, so erhält der Steuerpflichtige die Steuerkarte mit einem Vermerk über die höheren Werbungskosten und Son- derleistungen zurück. Erst auf Grund dieses Ver- merkts darf der Arbeitgeber die erhöhten steuer- freien Beträge beim Lohnsteuerabzug in Anrech- nung bringen. Den Lohnsteuerpflichtigen, die An- spruch auf Familienermäßigung haben, wird die Ermäßigung erst nach Abzug der erhöhten steuer- freien Werbungskosten und Sonderleistungen von Arbeitsentlohnung angerechnet.

### Neben einer Erhöhung des Zuschlages für Werbungskosten und Sonderleistungen können die Lohnsteuerpflichtigen in einzelnen Fällen auch eine Erhöhung des steuerfreien Lohn- betrages (Existenzminimum) beantragen.

Ein solcher Antrag ist zulässig, wenn die Leistungs- fähigkeit des Steuerpflichtigen durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse außergewöhnlich be- einträchtigt ist. Das ist der Fall, wenn der Steuer- pflichtige ungewöhnlich hohe Ausgaben durch Er- ziehung und Berufsausbildung der Kinder hat. Auch beim Unterhalt mittelloser Ange- höriger, also z. B. bedürftiger Eltern oder Geschwister, liegt eine außergewöhnliche Beein- trächtigung der steuerlichen Leistungsfähigkeit vor. Dabei ist zu beachten, daß bei einer gleichlichen oder föhlicher Verpflichtung zur Unterstützung von

## SPD, Ortsverein Halle

Am Freitag, dem 12. Februar, abends 8 Uhr, im „Volkspart“, großer Saal.

### Jahresverrechnung

Am Sonntag, dem 15. Februar, vormittags 9 Uhr, im „Volkspart“, kleiner Saal.

### Unterbezirkskonferenz

Das Sekretariat.

Angehörige diese nicht zum Haushalt des Steuer- pflichtigen gehören dürfen.

In dem Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Betrages sind die besonderen ungewöhnlichen Belastungen im einzelnen zu schildern. Dabei sind möglichst Nachweise über die höheren Kosten beizulegen. Wird dem Antrag stattgegeben, so kann das Finanzamt die Erhöhung des steuerfreien Betrages nach eigenem pflichtgemäßen Ermessen be- stimmen.

Obwohl die Anträge auf Erhöhung des Zusch- lages für Werbungskosten und Sonderleistungen, als auch auf Erhöhung des steuerfreien Lohn- betrages dürfen vom Finanzamt nicht mit der Begründung abgelehnt werden, daß die Verpflich- tigten der höheren Aufwendungen am Lebens- ende des Jahres im Wege der Erhaltung erfolgen soll. Der Ausgleich für die erhöhten Aufwendungen muß schon im Laufe des Jahres durch eine auf der Steuerkarte bemerkte Erhöhung der steuer- freien Beträge erfolgen.

Wenn die Arbeiter und Angestellten von der hier ausgelegten Möglichkeiten Gebrauch machen, erleben sie nur Anstrengung, die ihnen nach dem Einkommensteuergesetz zufließen und die ihre Lohn- steuer in Einzelfällen nicht unterdrückt infolge.

# „Mann“ über Bord

## Konsum-Bütel aus allen seinen Positionen abgesetzt

### Nicht mehr nebenbei Stadtrat

Halle, den 12. Februar.

„Raum gedrückt, ward der Zeit ein End gemacht! Gehten löst! Roskowitz, heute Kaufmann — das ist bitter.“

Eine der übelsten Erscheinungen aus der Aera „Noten Proviandant“ ist zweifellos der SPD- Konsum-Bütel. Obwohl ihm wegen seiner „Gegen wie: mehr eigenartigen“ — Kästenverle- ger angeblich Noten „Lose“ wiederholt die schwarzen Vorwürfe gemacht wurden, machte Wilhelm Roskowitz im noch der Erledigung der verfallten Elemente“ zum Konsumgesellschaft, welche Hedentanten Bütel in der kurzen Zeit seines Wirkens im Allgemeinen konsumieren überdrüht hat, ist noch in freistehender Erinnerung. Namentlich den nichtkommunistischen Arbeiter gegenüber be- nahm er sich schlimmer, als ein privatkapita- listischer Unternehmer. Viele, die nicht zum Ge- winnungsumplang werden wollten, haben ihm ihren Kaufschwung zu verdanken.

Jetzt ist auch sein Ständlein gekom- men. Im zeitiger Kommunistenbütel bewiesener Bütel gestern eine Erklärung des In- halts, daß er von seinen für die Partei und die Schneifschicht bisher ausgeübten Funktionen sofort zurückzutreten. Der „Mittler“ er- folgt, um den politischen Kampf der SPD und die schmeren Auseinandersetzungen mit den Sozialisten in der Genossenschaft nicht mit per- sönlichen Argumenten zu belasten.“

Wer diesen Postenschieber genauer kennt, weiß, daß von diesem freibleibigen Verzicht auf die Partei- und Parteiführung des „proletarischen“ Konsums und die Annehmlichkeiten einer Luxusimmi- mine nicht die Rede sein kann. Kein, nicht! Der Herr Stadtrat a. D. ist zum Geschäftsführer a. D. gemacht worden nach einer föhlichen Sitzung der engeren Bezirkleitung, vor die er vorgelassen befohlen worden war, um sich wegen der dauernd gegen ihn erhobenen Anschuldigungen zu verantwör- ten. Denn schließlich ist das auch für alles schlussende Roskowitz denn doch ein bißchen zu viel, wenn der Herr Geschäftsführer in garter Gesellschaft „Achtzigungen“ abhält, dernein die be- trachteten Sparer vor dem geschlossenen Toren liegen; die „Antifa“ alles anzuwenden muß, um die Konsumbilden vor gar zu föhlichen Lebens- würdigkeiten zu bewahren. Was sollen denn die Konsummitglieder sagen, wenn auch jetzt noch von Arbeitslosen und Ausgezeichneten Spenden zur Rettung des „roten“ Konsums gellammelt werden, und der „proletarische“ Geschäftsführer fährt nach durch- soderer Nacht das Genossenschaftstentgenum kaputt?

Was mußte etwas geschähen, um zu sagen, daß Schädigung unmöglich gemacht wurden! Herr Bütel wurde den meuternden Parteilangern, nament- lich mit offener Kavotte drohenden Kommunisti- schen Jugend, gefoppelt, um die Positionen seiner bisherigen Freunde zu retten.

Wer fällt morgen von der Leiter — ?

Zimmer weichen — immer weiter — !

# Ablenkungsmanöver der hallischen SPD

## Kampf gegen den Faschismus“ und Sensationmeldungen sollen von der kommunistischen Konsumschuld ablenken

Den Kommunisten gehen in dem Kampf um die Schuld an der Pleite des hallischen AKB die Argumente aus. Ein Ugenausdruck nach dem andern, das gegen die SPD. erichtet war, stürzt ihnen über den Kopf zusammen. Niemand a- ußert ihnen mehr ihre bittemeiche Un- fähigkeit an diejen größten Betrag, der jemals von der mitverantwortlichen Arbeiterschaft beizut wurde. Sie wissen ganz genau: auf dem Gebiet AKB hat man uns durchdacht.

Und so injiziert man schnell ein Ablen- kungsmanöver, will man die „Waffen“ weg- fassen in einem ganz neuen Föhd, der noch nach ohne AKB. E. amussledet ist. Man be- stimmt sich auf einmal darauf, daß man doch eigent- lich etwas gegen den Faschismus unternehmen

muße — nachdem man ihn erst so groß werden ließ! — Also schnell her mit der Parole „Kampf gegen den Faschismus!“ Und so halt man denn, wie die letzten Nummern des „Klassenkampf“ zeigen, die verbrauchte Wappe „Faschismus“ aus dem Reich (sowohl, nicht über das Reich des „Klassenkampf“), nicht sich einige Kampfrartikel gegen die Nazis vom vorigen Sommer aus dem „Vollschlaf“ heraus, fährt sie auf neu und beginnt damit mit dem „Kampf gegen den Faschismus“.

Range Wandwörter vom „alten Kaiser“, wie es in der Zeitungsprache heißt, müssen sich die ohnehin mit abgeblenden Watern geplanten Fehler jetzt vorlesen lassen. Die ältesten Kampfen überdrückt man und trägt sie seinen Feiern, damit sie den bitteren Konsumschmach aus dem Rande herleben.

Gestern sah sich die hiesige A.R.D. sogar gezwungen, daneben auch einige Abänderungen...  
Vor und nach diesen Versammlungen kam es zu kleineren Zusammenkünften auf der Straße...

# Die Arbeiter-Wohlfahrt Halle im Jahre 1930

Auf ein sehr erfolgreiches Jahr kam der Kreis...  
Auf ein sehr erfolgreiches Jahr kam der Kreis...  
Auf ein sehr erfolgreiches Jahr kam der Kreis...

vorhergehenden Mitteln verausgabt wurde. Die...  
vorhergehenden Mitteln verausgabt wurde. Die...  
vorhergehenden Mitteln verausgabt wurde. Die...

# rote Fachkisten

Am 9. Dezember verhandelte der „Massenkampf...  
Am 9. Dezember verhandelte der „Massenkampf...  
Am 9. Dezember verhandelte der „Massenkampf...

lassen werden. Dies war nur möglich, wenn...  
lassen werden. Dies war nur möglich, wenn...  
lassen werden. Dies war nur möglich, wenn...

Somit wurde, um ihn aus dem Aufschicht...  
Somit wurde, um ihn aus dem Aufschicht...  
Somit wurde, um ihn aus dem Aufschicht...

Die Beschlüsse aus den Sitzungen...  
Die Beschlüsse aus den Sitzungen...  
Die Beschlüsse aus den Sitzungen...

Er war aber vom Betriebsrat in den Aufsicht...  
Er war aber vom Betriebsrat in den Aufsicht...  
Er war aber vom Betriebsrat in den Aufsicht...

Auf ein sehr erfolgreiches Jahr kam der Kreis...  
Auf ein sehr erfolgreiches Jahr kam der Kreis...  
Auf ein sehr erfolgreiches Jahr kam der Kreis...

Der Vorbericht machte sich, und damit den...  
Der Vorbericht machte sich, und damit den...  
Der Vorbericht machte sich, und damit den...

ein Anlauf auf die Verlosung...  
ein Anlauf auf die Verlosung...  
ein Anlauf auf die Verlosung...

und stellte nicht nur das uralte Genossenschafts...  
und stellte nicht nur das uralte Genossenschafts...  
und stellte nicht nur das uralte Genossenschafts...

Alle Angestellten und Betriebsarbeiter müssen...  
Alle Angestellten und Betriebsarbeiter müssen...  
Alle Angestellten und Betriebsarbeiter müssen...

Lebendige wurde gegen dieses, ja o m o n i e...  
Lebendige wurde gegen dieses, ja o m o n i e...  
Lebendige wurde gegen dieses, ja o m o n i e...

Die Kampsache der Arbeiter...  
Die Kampsache der Arbeiter...  
Die Kampsache der Arbeiter...

Ein Betriebsrat kann wegen Verletzung...  
Ein Betriebsrat kann wegen Verletzung...  
Ein Betriebsrat kann wegen Verletzung...

Strahlende schneiden lassen, und ihr „Reinanz“...  
Strahlende schneiden lassen, und ihr „Reinanz“...  
Strahlende schneiden lassen, und ihr „Reinanz“...

# Weib im Strom

Roman von Fredrik Parelius  
Deutsch von Ernst Züchner

Copyright: 1930 by Buchverlag Gutenberg, Berlin.

Eines Tages, als sie blüht gegen und andere...  
Eines Tages, als sie blüht gegen und andere...  
Eines Tages, als sie blüht gegen und andere...

Die Dame zeigte ihre langen, gelben Zähne...  
Die Dame zeigte ihre langen, gelben Zähne...  
Die Dame zeigte ihre langen, gelben Zähne...

Die Witze wollte sie nicht um einen Gefallen...  
Die Witze wollte sie nicht um einen Gefallen...  
Die Witze wollte sie nicht um einen Gefallen...

Einmal Male bemerkte sie, daß die Polizei...  
Einmal Male bemerkte sie, daß die Polizei...  
Einmal Male bemerkte sie, daß die Polizei...

Wieviel konnte er für einen Rat geben. Jeden...  
Wieviel konnte er für einen Rat geben. Jeden...  
Wieviel konnte er für einen Rat geben. Jeden...

Die Witze wollte sie nicht um einen Gefallen...  
Die Witze wollte sie nicht um einen Gefallen...  
Die Witze wollte sie nicht um einen Gefallen...

Wieviel konnte er für einen Rat geben. Jeden...  
Wieviel konnte er für einen Rat geben. Jeden...  
Wieviel konnte er für einen Rat geben. Jeden...

Die Witze wollte sie nicht um einen Gefallen...  
Die Witze wollte sie nicht um einen Gefallen...  
Die Witze wollte sie nicht um einen Gefallen...

Wieviel konnte er für einen Rat geben. Jeden...  
Wieviel konnte er für einen Rat geben. Jeden...  
Wieviel konnte er für einen Rat geben. Jeden...

Die Witze wollte sie nicht um einen Gefallen...  
Die Witze wollte sie nicht um einen Gefallen...  
Die Witze wollte sie nicht um einen Gefallen...

Aus Anlass des Wansfelder Streiks hat...  
Aus Anlass des Wansfelder Streiks hat...  
Aus Anlass des Wansfelder Streiks hat...

Alles in allem: eine ungeheure Arbeit, die...  
Alles in allem: eine ungeheure Arbeit, die...  
Alles in allem: eine ungeheure Arbeit, die...

Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...

Schornsteinbrand im Wörmlich. Gestern brach...  
Schornsteinbrand im Wörmlich. Gestern brach...  
Schornsteinbrand im Wörmlich. Gestern brach...

Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...

Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...

Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...

Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...

Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...

ein Anlauf auf die Verlosung...  
ein Anlauf auf die Verlosung...  
ein Anlauf auf die Verlosung...



ein Anlauf auf die Verlosung...  
ein Anlauf auf die Verlosung...  
ein Anlauf auf die Verlosung...

ein Anlauf auf die Verlosung...  
ein Anlauf auf die Verlosung...  
ein Anlauf auf die Verlosung...

Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...

Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...

Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...

Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...

Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...

Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...

Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...

Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...

Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...

Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...

Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...

Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...  
Der 1. Kaffierer, Kamerad Gadenberg, gab...

# Der Kampf um die Betriebe

## Hilters „volkswirtschaftliche“ Pläne

Die Reichsleitung der Nationalsozialistischen Partei hat eine Reorganisationsaktion ihrer Betriebszellen angeordnet. Die bestehenden Betriebszellen werden aufgelöst. Ein Forderung zur Erhebung der Betriebszellen wird in den nächsten Tagen herausgegeben. Die Reorganisation der Betriebszellen veranlaßt die Nationalsozialistische Partei. Die Reorganisation der Betriebszellen wird Hilters endlich an die Arbeiter heranführen. Die Betriebszelle wird ausdrücklich als

### Bestimmte Waffe zur Eroberung der Arbeiterkraft

bezeichnet, und jeder Parteigenosse der Nazis wird verpflichtet, der Betriebszelle beizutreten. Der Zweck der Betriebszelle wird in den nächsten Tagen angegeben: Befreiung aus der liberal-kapitalistischen Herrschaft und vor allen Dingen Befreiung von der marxistischen Ideologie. Wichtig ist bei der kommunistischen RAO, wird besonders auf die Gewinnung von Sympathisierenden für die Betriebszellen Wert gelegt. Juden und sogen. Fremdenhändler sollen nicht aufgenommen werden. Aus politischen Gründen wird ein Einzel- oder Familienmitglied aus den Gewerkschaften nicht empfohlen. Scharf verurteilt die Betriebszellen auf die Gründung von eigenen Gewerkschaften. Dazu sind Gewerkschaften aufbauen, wo nach ihrem eigenen Verständnis ihr Ziel nur darin besteht, das Kapitalgütliche Gewerkschaften zu erschlagen. Die Betriebszellenorganisation der Nationalsozialisten ist so gebaut: Grundstück ist die Betriebszelle. Die Betriebszellen werden zusammengefaßt in Paßgruppen und die Paßgruppen in sogenannten „Arbeitsgruppen“. Der Zweck dieser Arbeitsgruppen sollen gebildet werden. Da man aber damit nicht auskommen glaubt, will man noch fünf sogenannte „Betriebsgruppen“ (Kleinere, Banken und Versicherungen, Behörden, Landwirtschaft und Schiffahrt) bilden, um so möglichst alle Hand- und Kopfarbeiter zu erfassen.

Diese „Arbeits- und Betriebsgruppen“ untersteht dem Reichsorganisationsleiter der Nationalsozialistischen Partei.

Horizontal ist die geplante Rahmenorganisation in Gauen aufgestellt, an deren Spitze ein Gau-Betriebszellenleiter steht, der wiederum dem Gauleiter der Nationalsozialistischen Partei untergeordnet ist. Daraus ergibt sich, daß die ganze Betriebszellenorganisation lediglich den politischen Zielen der Nationalsozialistischen Partei dienlich gemacht werden soll, was weiter nicht zu wundern ist, da der Faschismus durch Verwirklichung des politischen Einflusses der Arbeiterbewegung auch deren gewerkschaftliche Kampfkraft brechen will. An einer Verfechtung der Arbeiterinteressen liegt dem Faschismus nichts, und daher sollen zwar zur Förderung der Betriebszellenbewegung Beiträge erhoben, Unterstützungen einrichtungen dagegen nicht geschaffen werden.

Die eingehenden Gelder müssen in der Hauptsache für die Propaganda der Nationalsozialistischen Partei Verwendung finden.

Die Nazi-Funktionäre sind angewiesen, in ihrer Winterarbeit gegen die freien Gewerkschaften sich eng an den Sprachgebrauch der organisierten Arbeiterkraft anzuschließen, damit möglichst große Verwirrung in die Betriebszellen hineingetragen wird. Vor allen Dingen sollen sie vermeiden, nicht nur an die Sympathisierenden, sondern auch an die Mitglieder der RAO, heranzugreifen, da diese am ersten und leichtesten für die Nazi-Betriebszellen zu gewinnen seien.

(Diese Spekulation ist richtig. Red.) Eine Bekämpfung der SPD-Mitglieder der Gewerkschaften zum Nationalsozialismus hält man im Hinterkopf für unmöglich. Man hofft, Herr Hitler möchte die Erbschaft der kommunistischen Sympathisierenden antreten. Er rechne damit, daß der von kommunistischen Bräuten verwirrt und vergiftete Arbeiter eine leichte Beute der Nazi-Propagandisten wird.

Um den Arbeitern den Beitritt zu einer Nazi-Betriebszelle möglichst erleichtert zu machen, müssen die Mitglieder der Gewerkschaften, die sich nicht bedingungslos für die Arbeiterkraft freigegeben haben, doppeltzünftig und skrupellos die Betriebszelle-„Idee“ bejahren. Die Kapitalisten werden sich als Freund und Förderer der Betriebszelle an. Bei den Hitlerianern heißt die Idee die Mittel, und deshalb proklamieren sie jetzt die praktische Befreiung aus den Betriebszellen. Gern und ergötzen Gemütern kommen sie in den neuen Zeilen für den NZ-Betriebszellenleiter mit süßen Redensarten. Es heißt da zum Beispiel: der NZ-Betriebszellenleiter dürfe sein Demagogium nicht, müsse sich des Vertrauens der Kameraden würdig erweisen und ihre Wünsche bei den zuständigen Stellen in mannhafter Weise vertreten. Worauf die laubenden Brüder jedoch in Wirklichkeit hinauswollen, geht aus dem Punkt 8 der Zeilen für den NZ-Betriebszellenleiter hervor. Er lautet:

„Anlassungen, die wegen Arbeitsmangel erfolgen, können grundsätzlich nicht zu. Ist jedoch der zur Entlassung Vorgelegene ohne Befehl und Verteidiger der Erfüllungspflicht oder als Mitglied der Young-Parteien inaktiv bekannt, dann hat er seine Entlassung mitzubekommen, und daher nimmt in solchen Fällen der Entlassung unter Angabe einer entsprechenden Erklärung zu.“

Wer also dem Nazi-Betriebszellenleiter, d. h. Herrn Hilters, nicht aus der Hand frist, soll von der Arbeitsstelle verjagt werden.

Der Unternehmer und seine Angehörigen — beide wollen zusammen bestimmen, wer in einem Betrieb arbeiten darf oder irgendwo zu einer Arbeitsstelle zugelassen wird. Aus der Arbeitsvermittlung und Arbeitsvergabe soll ein Instrument des Terrors gemacht werden, und mit Hilfe des Terrors soll auch der Betrieb in der Hand der Arbeiter sein, während der Arbeiter und der Betrieb in die Hand des Unternehmers kommen. Der Reichsorganisationsleiter nationalsozialistischer Betriebszellen — das ist das nächste Ziel im Angriff Hilters auf die Betriebe.

Singer und Prigel — das ist die Freiheit, die aus der Befreiung von der marxistischen Ideologie“ hervorgeht. Die Befreiung soll hierhergeführt, bürdenanbelegt, begehrt, von Handlungen eingeschärft und so für erste gewerkschaftliche Arbeit unfähig gemacht werden.

# Keine Erhöhung der Provinzialumlage

## Es bleibt bei 13 1/2 Prozent - Neuwahl des Provinzialausschusses

P. St. Weisburg, den 12. Februar.

Mit dem dem Staatsministerium unterbreiteten Vorschlag, den Provinziallandtag für den 17. März einzuberufen, erklärte sich der Provinzialausschuss in seiner gestrigen Sitzung einverstanden und stellte noch verschiedene Vorlagen fest, u. a. über eine Haushaltsordnung und über die Beteiligung des Provinzialverbandes an der Mittelniederdeutschen Hafen-A.G. in Halle mit einem Betrage von 626 000 Mk.

Der Provinziallandtag wird die Neuwahl des Provinzialausschusses vorzunehmen haben.

Der Minister des Innern vertritt die Ansicht, daß zur Zeit nur ein kommissarisch bestellter Provinzialausschuss amtiert, nachdem das Oberverwaltungsgericht unter Ablehnung der Klage des Provinziallandtages die durch die Staatsregierung vorgenommene Einberufung der Provinzialausschusswahl aufrechterhalten hat.

Die Beratungen des Haushaltsplanes und der Sonderhaushaltspläne, die durch die engere Haushaltskommission durchgeführt worden waren, ergab, daß der Provinzialausschuss bei dem Provinziallandtag die Erhebung der

Provinzialumlage in Höhe von 13 1/2 Prozent, also in gleicher Weise wie im Vorjahre beantragen wird. Nur durch äußerst sparsame Aufstellung der Haushaltspläne war es möglich, zu diesem Ergebnis zu kommen, da namentlich der Rückgang der Einnahmen die Finanzlage sehr ungünstig gestaltet. In erster Linie liegt hier die Mindereinnahmen aus

Die Betriebszellenbewegung soll die Kapitalisten endlich zu dem machen, was sie ins Leben gerufen worden ist: zur Beibehaltung des Kapitalismus. Die Arbeiterkraft wird diese Hilters-Waffen hüten.

### Vom Kampf um den Lohn.

Die Abstimmung über den Hamburger Eisenarbeiter-Einkommen ergab keine 2/3 Mehrheit für den Streik. Die Arbeitgeber haben den Schiedspruch angenommen.

Die Verhandlungen im Buchdruckergewerbe über den Schiedspruch vom 2. Februar führten zu keinem Ergebnis. Alle Verhandlungsgewerkschaften sind für die Streikfähigkeit der Unternehmer. Die Entscheidung liegt nun beim Reichsarbeitsminister.

Im Kölner Großhandel wurde ein Schiedspruch gefällt, der von beiden Parteien angenommen wurde. Er bringt für die Angestellten einen Gehaltsabzug von 4,4 Prozent. Gehälter bis 125 Mk. monatlich bleiben vom Abzug frei. Die soziale Lage bleibt unverändert.

Bei der Dürre Ruhrort-Weidertag fand am Mittwoch die Urabstimmung über die Lohnabworbüchse der Verleistung statt. Von 5843 stimmberechtigten Arbeitern und 1027 stimmfähigen Angestellten stimmten 96 Prozent der Arbeiter und 97,1 Prozent der Angestellten ab. Gegen den Vorschlag der Verleistung stimmten 4315 Arbeiter und 91 Angestellte, für den Vorschlag stimmten 1205 Arbeiter und 882 Angestellte. Da die Abstimmung eine große Mehrheit für die Ablehnung der Lohnabworbüchse ergab und die Verleistung erklärte, nur bei einer großen Mehrheit für die Verleistung das Werk in bedrücktem Umfang weiterarbeiten zu wollen, muß mit einer Stilllegung der Röhre Ruhrort-Weidertag gerechnet werden.

Die Verhandlungen im Buchdruckergewerbe über den Schiedspruch vom 2. Februar führten zu keinem Ergebnis. Alle Verhandlungsgewerkschaften sind für die Streikfähigkeit der Unternehmer. Die Entscheidung liegt nun beim Reichsarbeitsminister.

Im Kölner Großhandel wurde ein Schiedspruch gefällt, der von beiden Parteien angenommen wurde. Er bringt für die Angestellten einen Gehaltsabzug von 4,4 Prozent. Gehälter bis 125 Mk. monatlich bleiben vom Abzug frei. Die soziale Lage bleibt unverändert.

### Keine Erhöhung der Provinzialumlage

## Es bleibt bei 13 1/2 Prozent - Neuwahl des Provinzialausschusses

P. St. Weisburg, den 12. Februar.

Mit dem dem Staatsministerium unterbreiteten Vorschlag, den Provinziallandtag für den 17. März einzuberufen, erklärte sich der Provinzialausschuss in seiner gestrigen Sitzung einverstanden und stellte noch verschiedene Vorlagen fest, u. a. über eine Haushaltsordnung und über die Beteiligung des Provinzialverbandes an der Mittelniederdeutschen Hafen-A.G. in Halle mit einem Betrage von 626 000 Mk.

Der Provinziallandtag wird die Neuwahl des Provinzialausschusses vorzunehmen haben.

Der Minister des Innern vertritt die Ansicht, daß zur Zeit nur ein kommissarisch bestellter Provinzialausschuss amtiert, nachdem das Oberverwaltungsgericht unter Ablehnung der Klage des Provinziallandtages die durch die Staatsregierung vorgenommene Einberufung der Provinzialausschusswahl aufrechterhalten hat.

Die Beratungen des Haushaltsplanes und der Sonderhaushaltspläne, die durch die engere Haushaltskommission durchgeführt worden waren, ergab, daß der Provinzialausschuss bei dem Provinziallandtag die Erhebung der

Provinzialumlage in Höhe von 13 1/2 Prozent, also in gleicher Weise wie im Vorjahre beantragen wird. Nur durch äußerst sparsame Aufstellung der Haushaltspläne war es möglich, zu diesem Ergebnis zu kommen, da namentlich der Rückgang der Einnahmen die Finanzlage sehr ungünstig gestaltet. In erster Linie liegt hier die Mindereinnahmen aus

Die Betriebszellenbewegung soll die Kapitalisten endlich zu dem machen, was sie ins Leben gerufen worden ist: zur Beibehaltung des Kapitalismus. Die Arbeiterkraft wird diese Hilters-Waffen hüten.

### Vom Kampf um den Lohn.

Die Abstimmung über den Hamburger Eisenarbeiter-Einkommen ergab keine 2/3 Mehrheit für den Streik. Die Arbeitgeber haben den Schiedspruch angenommen.

Die Verhandlungen im Buchdruckergewerbe über den Schiedspruch vom 2. Februar führten zu keinem Ergebnis. Alle Verhandlungsgewerkschaften sind für die Streikfähigkeit der Unternehmer. Die Entscheidung liegt nun beim Reichsarbeitsminister.

Im Kölner Großhandel wurde ein Schiedspruch gefällt, der von beiden Parteien angenommen wurde. Er bringt für die Angestellten einen Gehaltsabzug von 4,4 Prozent. Gehälter bis 125 Mk. monatlich bleiben vom Abzug frei. Die soziale Lage bleibt unverändert.

Bei der Dürre Ruhrort-Weidertag fand am Mittwoch die Urabstimmung über die Lohnabworbüchse der Verleistung statt. Von 5843 stimmberechtigten Arbeitern und 1027 stimmfähigen Angestellten stimmten 96 Prozent der Arbeiter und 97,1 Prozent der Angestellten ab. Gegen den Vorschlag der Verleistung stimmten 4315 Arbeiter und 91 Angestellte, für den Vorschlag stimmten 1205 Arbeiter und 882 Angestellte. Da die Abstimmung eine große Mehrheit für die Ablehnung der Lohnabworbüchse ergab und die Verleistung erklärte, nur bei einer großen Mehrheit für die Verleistung das Werk in bedrücktem Umfang weiterarbeiten zu wollen, muß mit einer Stilllegung der Röhre Ruhrort-Weidertag gerechnet werden.

Die Verhandlungen im Buchdruckergewerbe über den Schiedspruch vom 2. Februar führten zu keinem Ergebnis. Alle Verhandlungsgewerkschaften sind für die Streikfähigkeit der Unternehmer. Die Entscheidung liegt nun beim Reichsarbeitsminister.

Im Kölner Großhandel wurde ein Schiedspruch gefällt, der von beiden Parteien angenommen wurde. Er bringt für die Angestellten einen Gehaltsabzug von 4,4 Prozent. Gehälter bis 125 Mk. monatlich bleiben vom Abzug frei. Die soziale Lage bleibt unverändert.

### Keine Erhöhung der Provinzialumlage

## Es bleibt bei 13 1/2 Prozent - Neuwahl des Provinzialausschusses

P. St. Weisburg, den 12. Februar.

Mit dem dem Staatsministerium unterbreiteten Vorschlag, den Provinziallandtag für den 17. März einzuberufen, erklärte sich der Provinzialausschuss in seiner gestrigen Sitzung einverstanden und stellte noch verschiedene Vorlagen fest, u. a. über eine Haushaltsordnung und über die Beteiligung des Provinzialverbandes an der Mittelniederdeutschen Hafen-A.G. in Halle mit einem Betrage von 626 000 Mk.

Der Provinziallandtag wird die Neuwahl des Provinzialausschusses vorzunehmen haben.

Der Minister des Innern vertritt die Ansicht, daß zur Zeit nur ein kommissarisch bestellter Provinzialausschuss amtiert, nachdem das Oberverwaltungsgericht unter Ablehnung der Klage des Provinziallandtages die durch die Staatsregierung vorgenommene Einberufung der Provinzialausschusswahl aufrechterhalten hat.

Die Beratungen des Haushaltsplanes und der Sonderhaushaltspläne, die durch die engere Haushaltskommission durchgeführt worden waren, ergab, daß der Provinzialausschuss bei dem Provinziallandtag die Erhebung der

Provinzialumlage in Höhe von 13 1/2 Prozent, also in gleicher Weise wie im Vorjahre beantragen wird. Nur durch äußerst sparsame Aufstellung der Haushaltspläne war es möglich, zu diesem Ergebnis zu kommen, da namentlich der Rückgang der Einnahmen die Finanzlage sehr ungünstig gestaltet. In erster Linie liegt hier die Mindereinnahmen aus

### Keine Erhöhung der Provinzialumlage

## Es bleibt bei 13 1/2 Prozent - Neuwahl des Provinzialausschusses

P. St. Weisburg, den 12. Februar.

Mit dem dem Staatsministerium unterbreiteten Vorschlag, den Provinziallandtag für den 17. März einzuberufen, erklärte sich der Provinzialausschuss in seiner gestrigen Sitzung einverstanden und stellte noch verschiedene Vorlagen fest, u. a. über eine Haushaltsordnung und über die Beteiligung des Provinzialverbandes an der Mittelniederdeutschen Hafen-A.G. in Halle mit einem Betrage von 626 000 Mk.

Der Provinziallandtag wird die Neuwahl des Provinzialausschusses vorzunehmen haben.

Der Minister des Innern vertritt die Ansicht, daß zur Zeit nur ein kommissarisch bestellter Provinzialausschuss amtiert, nachdem das Oberverwaltungsgericht unter Ablehnung der Klage des Provinziallandtages die durch die Staatsregierung vorgenommene Einberufung der Provinzialausschusswahl aufrechterhalten hat.

Die Beratungen des Haushaltsplanes und der Sonderhaushaltspläne, die durch die engere Haushaltskommission durchgeführt worden waren, ergab, daß der Provinzialausschuss bei dem Provinziallandtag die Erhebung der

Provinzialumlage in Höhe von 13 1/2 Prozent, also in gleicher Weise wie im Vorjahre beantragen wird. Nur durch äußerst sparsame Aufstellung der Haushaltspläne war es möglich, zu diesem Ergebnis zu kommen, da namentlich der Rückgang der Einnahmen die Finanzlage sehr ungünstig gestaltet. In erster Linie liegt hier die Mindereinnahmen aus

### Keine Erhöhung der Provinzialumlage

## Es bleibt bei 13 1/2 Prozent - Neuwahl des Provinzialausschusses

P. St. Weisburg, den 12. Februar.

Mit dem dem Staatsministerium unterbreiteten Vorschlag, den Provinziallandtag für den 17. März einzuberufen, erklärte sich der Provinzialausschuss in seiner gestrigen Sitzung einverstanden und stellte noch verschiedene Vorlagen fest, u. a. über eine Haushaltsordnung und über die Beteiligung des Provinzialverbandes an der Mittelniederdeutschen Hafen-A.G. in Halle mit einem Betrage von 626 000 Mk.

Der Provinziallandtag wird die Neuwahl des Provinzialausschusses vorzunehmen haben.

Der Minister des Innern vertritt die Ansicht, daß zur Zeit nur ein kommissarisch bestellter Provinzialausschuss amtiert, nachdem das Oberverwaltungsgericht unter Ablehnung der Klage des Provinziallandtages die durch die Staatsregierung vorgenommene Einberufung der Provinzialausschusswahl aufrechterhalten hat.

Die Beratungen des Haushaltsplanes und der Sonderhaushaltspläne, die durch die engere Haushaltskommission durchgeführt worden waren, ergab, daß der Provinzialausschuss bei dem Provinziallandtag die Erhebung der

Provinzialumlage in Höhe von 13 1/2 Prozent, also in gleicher Weise wie im Vorjahre beantragen wird. Nur durch äußerst sparsame Aufstellung der Haushaltspläne war es möglich, zu diesem Ergebnis zu kommen, da namentlich der Rückgang der Einnahmen die Finanzlage sehr ungünstig gestaltet. In erster Linie liegt hier die Mindereinnahmen aus

### Keine Erhöhung der Provinzialumlage

## Es bleibt bei 13 1/2 Prozent - Neuwahl des Provinzialausschusses

P. St. Weisburg, den 12. Februar.

Mit dem dem Staatsministerium unterbreiteten Vorschlag, den Provinziallandtag für den 17. März einzuberufen, erklärte sich der Provinzialausschuss in seiner gestrigen Sitzung einverstanden und stellte noch verschiedene Vorlagen fest, u. a. über eine Haushaltsordnung und über die Beteiligung des Provinzialverbandes an der Mittelniederdeutschen Hafen-A.G. in Halle mit einem Betrage von 626 000 Mk.

Der Provinziallandtag wird die Neuwahl des Provinzialausschusses vorzunehmen haben.

Der Minister des Innern vertritt die Ansicht, daß zur Zeit nur ein kommissarisch bestellter Provinzialausschuss amtiert, nachdem das Oberverwaltungsgericht unter Ablehnung der Klage des Provinziallandtages die durch die Staatsregierung vorgenommene Einberufung der Provinzialausschusswahl aufrechterhalten hat.

Die Beratungen des Haushaltsplanes und der Sonderhaushaltspläne, die durch die engere Haushaltskommission durchgeführt worden waren, ergab, daß der Provinzialausschuss bei dem Provinziallandtag die Erhebung der

Provinzialumlage in Höhe von 13 1/2 Prozent, also in gleicher Weise wie im Vorjahre beantragen wird. Nur durch äußerst sparsame Aufstellung der Haushaltspläne war es möglich, zu diesem Ergebnis zu kommen, da namentlich der Rückgang der Einnahmen die Finanzlage sehr ungünstig gestaltet. In erster Linie liegt hier die Mindereinnahmen aus

### Keine Erhöhung der Provinzialumlage

## Es bleibt bei 13 1/2 Prozent - Neuwahl des Provinzialausschusses

P. St. Weisburg, den 12. Februar.

Mit dem dem Staatsministerium unterbreiteten Vorschlag, den Provinziallandtag für den 17. März einzuberufen, erklärte sich der Provinzialausschuss in seiner gestrigen Sitzung einverstanden und stellte noch verschiedene Vorlagen fest, u. a. über eine Haushaltsordnung und über die Beteiligung des Provinzialverbandes an der Mittelniederdeutschen Hafen-A.G. in Halle mit einem Betrage von 626 000 Mk.

Der Provinziallandtag wird die Neuwahl des Provinzialausschusses vorzunehmen haben.

Der Minister des Innern vertritt die Ansicht, daß zur Zeit nur ein kommissarisch bestellter Provinzialausschuss amtiert, nachdem das Oberverwaltungsgericht unter Ablehnung der Klage des Provinziallandtages die durch die Staatsregierung vorgenommene Einberufung der Provinzialausschusswahl aufrechterhalten hat.

Die Beratungen des Haushaltsplanes und der Sonderhaushaltspläne, die durch die engere Haushaltskommission durchgeführt worden waren, ergab, daß der Provinzialausschuss bei dem Provinziallandtag die Erhebung der

Provinzialumlage in Höhe von 13 1/2 Prozent, also in gleicher Weise wie im Vorjahre beantragen wird. Nur durch äußerst sparsame Aufstellung der Haushaltspläne war es möglich, zu diesem Ergebnis zu kommen, da namentlich der Rückgang der Einnahmen die Finanzlage sehr ungünstig gestaltet. In erster Linie liegt hier die Mindereinnahmen aus

### Keine Erhöhung der Provinzialumlage

## Es bleibt bei 13 1/2 Prozent - Neuwahl des Provinzialausschusses

P. St. Weisburg, den 12. Februar.

Mit dem dem Staatsministerium unterbreiteten Vorschlag, den Provinziallandtag für den 17. März einzuberufen, erklärte sich der Provinzialausschuss in seiner gestrigen Sitzung einverstanden und stellte noch verschiedene Vorlagen fest, u. a. über eine Haushaltsordnung und über die Beteiligung des Provinzialverbandes an der Mittelniederdeutschen Hafen-A.G. in Halle mit einem Betrage von 626 000 Mk.

Der Provinziallandtag wird die Neuwahl des Provinzialausschusses vorzunehmen haben.

Der Minister des Innern vertritt die Ansicht, daß zur Zeit nur ein kommissarisch bestellter Provinzialausschuss amtiert, nachdem das Oberverwaltungsgericht unter Ablehnung der Klage des Provinziallandtages die durch die Staatsregierung vorgenommene Einberufung der Provinzialausschusswahl aufrechterhalten hat.

Die Beratungen des Haushaltsplanes und der Sonderhaushaltspläne, die durch die engere Haushaltskommission durchgeführt worden waren, ergab, daß der Provinzialausschuss bei dem Provinziallandtag die Erhebung der

Provinzialumlage in Höhe von 13 1/2 Prozent, also in gleicher Weise wie im Vorjahre beantragen wird. Nur durch äußerst sparsame Aufstellung der Haushaltspläne war es möglich, zu diesem Ergebnis zu kommen, da namentlich der Rückgang der Einnahmen die Finanzlage sehr ungünstig gestaltet. In erster Linie liegt hier die Mindereinnahmen aus

### Keine Erhöhung der Provinzialumlage

## Es bleibt bei 13 1/2 Prozent - Neuwahl des Provinzialausschusses

P. St. Weisburg, den 12. Februar.

Mit dem dem Staatsministerium unterbreiteten Vorschlag, den Provinziallandtag für den 17. März einzuberufen, erklärte sich der Provinzialausschuss in seiner gestrigen Sitzung einverstanden und stellte noch verschiedene Vorlagen fest, u. a. über eine Haushaltsordnung und über die Beteiligung des Provinzialverbandes an der Mittelniederdeutschen Hafen-A.G. in Halle mit einem Betrage von 626 000 Mk.

Der Provinziallandtag wird die Neuwahl des Provinzialausschusses vorzunehmen haben.

Der Minister des Innern vertritt die Ansicht, daß zur Zeit nur ein kommissarisch bestellter Provinzialausschuss amtiert, nachdem das Oberverwaltungsgericht unter Ablehnung der Klage des Provinziallandtages die durch die Staatsregierung vorgenommene Einberufung der Provinzialausschusswahl aufrechterhalten hat.

Die Beratungen des Haushaltsplanes und der Sonderhaushaltspläne, die durch die engere Haushaltskommission durchgeführt worden waren, ergab, daß der Provinzialausschuss bei dem Provinziallandtag die Erhebung der

Provinzialumlage in Höhe von 13 1/2 Prozent, also in gleicher Weise wie im Vorjahre beantragen wird. Nur durch äußerst sparsame Aufstellung der Haushaltspläne war es möglich, zu diesem Ergebnis zu kommen, da namentlich der Rückgang der Einnahmen die Finanzlage sehr ungünstig gestaltet. In erster Linie liegt hier die Mindereinnahmen aus

### Keine Erhöhung der Provinzialumlage

## Es bleibt bei 13 1/2 Prozent - Neuwahl des Provinzialausschusses

P. St. Weisburg, den 12. Februar.

Mit dem dem Staatsministerium unterbreiteten Vorschlag, den Provinziallandtag für den 17. März einzuberufen, erklärte sich der Provinzialausschuss in seiner gestrigen Sitzung einverstanden und stellte noch verschiedene Vorlagen fest, u. a. über eine Haushaltsordnung und über die Beteiligung des Provinzialverbandes an der Mittelniederdeutschen Hafen-A.G. in Halle mit einem Betrage von 626 000 Mk.

Der Provinziallandtag wird die Neuwahl des Provinzialausschusses vorzunehmen haben.

Der Minister des Innern vertritt die Ansicht, daß zur Zeit nur ein kommissarisch bestellter Provinzialausschuss amtiert, nachdem das Oberverwaltungsgericht unter Ablehnung der Klage des Provinziallandtages die durch die Staatsregierung vorgenommene Einberufung der Provinzialausschusswahl aufrechterhalten hat.

Die Beratungen des Haushaltsplanes und der Sonderhaushaltspläne, die durch die engere Haushaltskommission durchgeführt worden waren, ergab, daß der Provinzialausschuss bei dem Provinziallandtag die Erhebung der

Provinzialumlage in Höhe von 13 1/2 Prozent, also in gleicher Weise wie im Vorjahre beantragen wird. Nur durch äußerst sparsame Aufstellung der Haushaltspläne war es möglich, zu diesem Ergebnis zu kommen, da namentlich der Rückgang der Einnahmen die Finanzlage sehr ungünstig gestaltet. In erster Linie liegt hier die Mindereinnahmen aus

### Keine Erhöhung der Provinzialumlage

## Es bleibt bei 13 1/2 Prozent - Neuwahl des Provinzialausschusses

P. St. Weisburg, den 12. Februar.

Mit dem dem Staatsministerium unterbreiteten Vorschlag, den Provinziallandtag für den 17. März einzuberufen, erklärte sich der Provinzialausschuss in seiner gestrigen Sitzung einverstanden und stellte noch verschiedene Vorlagen fest, u. a. über eine Haushaltsordnung und über die Beteiligung des Provinzialverbandes an der Mittelniederdeutschen Hafen-A.G. in Halle mit einem Betrage von 626 000 Mk.

Der Provinziallandtag wird die Neuwahl des Provinzialausschusses vorzunehmen haben.

Der Minister des Innern vertritt die Ansicht, daß zur Zeit nur ein kommissarisch bestellter Provinzialausschuss amtiert, nachdem das Oberverwaltungsgericht unter Ablehnung der Klage des Provinziallandtages die durch die Staatsregierung vorgenommene Einberufung der Provinzialausschusswahl aufrechterhalten hat.

Die Beratungen des Haushaltsplanes und der Sonderhaushaltspläne, die durch die engere Haushaltskommission durchgeführt worden waren, ergab, daß der Provinzialausschuss bei dem Provinziallandtag die Erhebung der

Provinzialumlage in Höhe von 13 1/2 Prozent, also in gleicher Weise wie im Vorjahre beantragen wird. Nur durch äußerst sparsame Aufstellung der Haushaltspläne war es möglich, zu diesem Ergebnis zu kommen, da namentlich der Rückgang der Einnahmen die Finanzlage sehr ungünstig gestaltet. In erster Linie liegt hier die Mindereinnahmen aus

### Keine Erhöhung der Provinzialumlage

## Es bleibt bei 13 1/2 Prozent - Neuwahl des Provinzialausschusses

P. St. Weisburg, den 12. Februar.

Mit dem dem Staatsministerium unterbreiteten Vorschlag, den Provinziallandtag für den 17. März einzuberufen, erklärte sich der Provinzialausschuss in seiner gestrigen Sitzung einverstanden und stellte noch verschiedene Vorlagen fest, u. a. über eine Haushaltsordnung und über die Beteiligung des Provinzialverbandes an der Mittelniederdeutschen Hafen-A.G. in Halle mit einem Betrage von 626 000 Mk.

Der Provinziallandtag wird die Neuwahl des Provinzialausschusses vorzunehmen haben.

Der Minister des Innern vertritt die Ansicht, daß zur Zeit nur ein kommissarisch bestellter Provinzialausschuss amtiert, nachdem das Oberverwaltungsgericht unter Ablehnung der Klage des Provinziallandtages die durch die Staatsregierung vorgenommene Einberufung der Provinzialausschusswahl aufrechterhalten hat.

Die Beratungen des Haushaltsplanes und der Sonderhaushaltspläne, die durch die engere Haushaltskommission durchgeführt worden waren, ergab, daß der Provinzialausschuss bei dem Provinziallandtag die Erhebung der

Provinzialumlage in Höhe von 13 1/2 Prozent, also in gleicher Weise wie im Vorjahre beantragen wird. Nur durch äußerst sparsame Aufstellung der Haushaltspläne war es möglich, zu diesem Ergebnis zu kommen, da namentlich der Rückgang der Einnahmen die Finanzlage sehr ungünstig gestaltet. In erster Linie liegt hier die Mindereinnahmen aus

### Keine Erhöhung der Provinzialumlage

## Es bleibt bei 13 1/2 Prozent - Neuwahl des Provinzialausschusses

P. St. Weisburg, den 12. Februar.

Mit dem dem Staatsministerium unterbreiteten Vorschlag, den Provinziallandtag für den 17. März einzuberufen, erklärte sich der Provinzialausschuss in seiner gestrigen Sitzung einverstanden und stellte noch verschiedene Vorlagen fest, u. a. über eine Haushaltsordnung und über die Beteiligung des Provinzialverbandes an der Mittelniederdeutschen Hafen-A.G. in Halle mit einem Betrage von 626 000 Mk.

Der Provinziallandtag wird die Neuwahl des Provinzialausschusses vorzunehmen haben.

Der Minister des Innern vertritt die Ansicht, daß zur Zeit nur ein kommissarisch bestellter Provinzialausschuss amtiert, nachdem das Oberverwaltungsgericht unter Ablehnung der Klage des Provinziallandtages die durch die Staatsregierung vorgenommene Einberufung der Provinzialausschusswahl aufrechterhalten hat.

Die Beratungen des Haushaltsplanes und der Sonderhaushaltspläne, die durch die engere Haushaltskommission durchgeführt worden waren, ergab, daß der Provinzialausschuss bei dem Provinziallandtag die Erhebung der

Provinzialumlage in Höhe von 13 1/2 Prozent, also in gleicher Weise wie im Vorjahre beantragen wird. Nur durch äußerst sparsame Aufstellung der Haushaltspläne war es möglich, zu diesem Ergebnis zu kommen, da namentlich der Rückgang der Einnahmen die Finanzlage sehr ungünstig gestaltet. In erster Linie liegt hier die Mindereinnahmen aus

### Keine Erhöhung der Provinzialumlage

## Es bleibt bei 13 1/2 Prozent - Neuwahl des Provinzialausschusses

P. St. Weisburg, den 12. Februar.

Mit dem dem Staatsministerium unterbreiteten Vorschlag, den Provinziallandtag für den 17. März einzuberufen, erklärte sich der Provinzialausschuss in seiner gestrigen Sitzung einverstanden und stellte noch verschiedene Vorlagen fest, u. a. über eine Haushaltsordnung und über die Beteiligung des Provinzialverbandes an der Mittelniederdeutschen Hafen-A.G. in Halle mit einem Betrage von 626 000 Mk.





Verwaltung des 'Vollziehers'... Merseburg

Jugendweibe.

Die diesjährige Jugendweibe, die wieder von Hans Weider geleitet wird, findet vorab...

Nicht viel.

In der Privatwohnung des Besitzers der Kammerhöfchen, Teermann, in der Götterstraße wurde gegen 23 Uhr eingebrochen.

Arbeit der Polizei.

Am Januar wurden vom Polizeipräsidium Weizenfelds 131 Personen festgenommen, und zwar in Weizenfeld 51, in Merseburg 26, darunter wegen Raubes 1, wegen Diebstahls...

Die Neuwahl des Bezirks-Vereinsrats bei der Reglerung in Merseburg findet am 7. und 8. März mittels zoter Stimmzettel gleichzeitig mit den örtlichen Wahlen der Betriebsvertretungen statt.

Merseburg.

Heute Donnerstag, den 12. Februar 1931 abends 8 Uhr, im 'Zentral-Haus' Mitgliederversammlung des Gen. Posters...

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Merseburg

Nr. 6 Donnerstag, den 12. Februar 1931

- 1. Ingehorbung zur Sitzung der Stadtratskommission am Freitag, den 16. Februar 1931, 18 Uhr, im alten Rathaus, Vorstraße 1. 2. Wahl eines Stadtratsmitgliedes in die Deputation der Allgemeinen Bevölkerung.

trag auf Ausfertigung eines Besetzungsnisses für das oben bezeichnete Grundstück.

Etwasige Einwendungen gegen die beschlossene Eintragung sind innerhalb einer Frist von 14 Tagen, beginnend mit dem Tage nach der Veröffentlichung...

Merseburg, den 6. Februar 1931. Die städt. Polizeiverwaltung.

Öffentliche Steuer- und Schuldenzahlung.

Am 15. Februar 1931 sind die monatlich zu zahlenden Grundsteuern, Lohnsteuer und Einkommensteuer für das I. bis IV. Vierteljahr des Rechnungsjahres 1930 (April 1930 bis Ende März 1931) fällig.

Merseburg, den 12. Februar 1931. Der Magistrat, Vollstreckungssamt.

Stadtschuldsch.

Dem Stadtschuldsch. der Stadt Merseburg gehören an: als Vorsitzender: der Oberbürgermeister oder dessen gesetzlicher Stellvertreter

als Mitglieder: Stadtrat Dr. Trumpler, Stadtrat Freiberger, Stadtrat Geste, Stadtrat Grimm, sämtlich für die Zeit ihres Amtes als Magistratsmitglieder.

Merseburg, den 9. Februar 1931. Der Magistrat.

Schiedsmannsch.

Herr Waisenhausinspektor Karl König, hier, Weinstr. 2, ist als Schiedsmann für den II. städtischen Schiedsmannsbezirk auf eine dreijährige, am 1. Februar 1931 beginnende Amts-dauer beauftragt worden.

Merseburg, den 11. Februar 1931. Der Magistrat.

Wochenversammlung, Ratstraße Nr. 4.

Donnerstag, den 19. Februar 1931, von 10 bis 11 1/2 Uhr, Annahme.

Freitag, den 20. Februar 1931, von 15 bis 16 1/2 Uhr, Verkauf.

Freundebeise im Januar in Werleburg: 1074 Reichsdeutsche, 18 Esterreicher, 2 Tschechen, 2 Walenländer, 1 Franzose, 1 Schwede, 1 Pole, 58 ohne Angaben. Herbergsbeise 712. 80 000 RM. Bundeskassen sind in Merseburg im Veranschlag des Rechnungsjahres eingeleitet worden.

Dillenberg. Konzert der Arbeiter-sänger am Freitag, den 13. Februar 1931, veranstaltet der Volkador 'Hoffnung' Dillenberg im Gasthof 'Zum Grabenwert' ein Konzert mit dem Motto, 'Stimmen der Völker'. Alte und neue Weisen vieler Länder werden geboten.

Zum morgigen Kreistag

Unter verschiedenem Anderen wird sich der Kreistag, welcher, wie schon berichtet, morgen, am 13. Februar, stattfindet, aufs neue mit dem katholischen Krankenhause in Merseburg beschäftigen. Es handelt sich hierbei um die Uebernahme einer selbstständigen Bürger-schaft in Gemeindschaft mit der Stadt für eine erste Hypothek in Höhe bis zu 600 000 RM., welche die katholische Kirchengemeinde aufnehmen will.

Die katholische Kirchengemeinde ist der Auffassung, daß die Bedingungen zu 1 bis 3 zur Uebernahme des religiösen Friedens von ihr als 16 bis 17 verbindlich erachtet werden und demgemäß feierlich Ratung bedürfen.

Bezüglich des Punktes 4 ist die katholische Kirchengemeinde ebenfalls zu Entgegenkommen bereit; hat hier jedoch auf die Belange der Stadt Merseburg Rücksicht zu nehmen, da mit ihr gewisse Vereinbarungen hinsichtlich der Festsetzung der gleichen Verpflegungsstellen wie im

Leunas heraldische Sorgen Bau von 15 Wohnungen

Leuna, den 12. Februar. Leuna. Die am 16. Februar stattfindende Gemeindevorstandssitzung wird sich vornehmlich wieder mit

Beschaffung von Arbeitsgelegenheit befassen. So beabsichtigen zwei Bauunternehmer gemeinsam an der Zäufelstraße zwischen Jünnstraße und Schmiedweg einen Block von 15 Wohnungen zu errichten, unter der Voraussetzung, daß ihnen dafür die Straßenanfertigung und die Kosten für die Kanal- und Wasseranschlüsse niedergezahlt werden.

Des weiteren besteht endlich die Möglichkeit, dem Platz an der Zäufelstraße zwischen Jünnstraße und Schmiedweg ein und jeher einen unedlen Anblick gebärende, aufzuräumen. Durch Verhandlungen ist es gelungen, den Widerstand einiger Grundstücksbesitzer, die sich gegen den von der Gemeinde aufgestellten Fluchtlinienplan wandten, zu beseitigen.

Schwere Sorgen bereitet der Gemeinde die Anschaffung eines Gemeindepelms oder vornehmer ausgedrückt, Diensthilfszugs. Wie bekannt hatte die Gemeinde bereits ein solches Fahrzeug beschaffen. Es zeigt das Leunawerk, darunter ein Pelms; am Rande fünf Sterne mit den Anfangsbuchstaben der zumangehörigen Gemeinden. Die ministerielle Genehmigung, die dazu notwendig

städtischen Krankenhause getroffen werden sollen. Es erscheint deshalb fraglich, ob der Wunsch verschiedener Kreisverwaltungsstellen, für die Kreis-eingetragenen ermäßigte Verpflegungsplätze zu erhalten, erfüllbar sein wird. Der Kreisrat ist hat sich mit der An-gelegenheit in seiner letzten Sitzung nochmals ein-gehend befaßt und ist zu der Ueberzeugung ge-kommen, daß es zweckmäßig sein dürfte, die Forde-rung ermäßigter Verpflegungsplätze für Kreis-eingetragene nicht zu stellen, sondern dafür einzelne Freiheiten für das Kreisvolkshausamt zu beantragen. Im Stadtrat sollen auch die Unterfertigung des Kantatenbaunabens im allge-meinen Interesse liegt, hat sich nun der Kreisrat auf die Forderungen von 1 bis 3 zu einigen gemacht, d. h. je sollen im Grundbuch durch Eintragung gesichert sein, wodurch über die Forderung 4 der Kreisrat die Ermächtigung zu weiteren Verhandlungen geben soll.

Man sollte es in heutiger Zeit nicht für mög-lich halten, daß derartige, für die Öffentlichkeit wichtige Maßnahmen in einer Sitzung wie Merse-burg durch konfessionelle Gegebenheiten unter Um-ständen zum Scheitern gebracht werden können.

Aufs neue wird noch über die Grundstücks-überhörteuer beraten werden. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß bei Grundstücksüber-nahme der größte Teil des zum Verkauf gehaltenen Grundstücks als Grundstücksbesitzer deklariert und damit der Besteuerung entzogen wurde. Diesem Umfug soll nun mit dieser neuen Steuer begegnet werden, um eine gerechte Besteuerung zu erreichen. Wie wird geahnt, ob die Stammämter auch diesmal diese Steuer ablehnen werden.

Wichtig unerlässlich, bittentisch und häßlich sein, heraldisch brauchbar seien nur Symbole, die in der Ritterzeit in den Wappen-schildern gebräuchlich (1) wurden. Eine Heraldisch-zeichnung in einem Schild zu bringen, ist ein Un-fug. Die Zirkel-Form hat, die Zirkel-ge-meinung lasse sich am besten durch einen roten Querschnitt (als glühende Kupferplatte) und eine darüber stehende Welle (als Luft) symbolisieren.

Dieses unerfreuliche Ergebnis hat Veran-lassung, sich an den städtischen Stadtschuldsch in Merseburg zu wenden, welches die Auffassung, daß nur Symbole aus der Ritterzeit für Wappen in Frage kommen nicht teilt. Auf seine Empfehlung hat sich der Gemeindevorsteher an einen holländischen Kunstmaler gemeldet, der erklärte, daß die Aus-führung eines Wappenmarmees in Größe von 40x30 Zentimeter ungefähr 120 Mark kosten würde.

Nun haben die Leunauer aber die Welle grünilich voll und sie fragen sich, ob unter diesen Umständen überhaupt noch an ein heraldisches Dien-sthilfszeug weiter gedacht werden soll. Schließlich brauchen ja auch nicht unbedingt die 13 'Zirkel-symbole' auf dem Stempel zu sein, es genügt auch und würde der Zirkelstil viel mehr ent-sprechen, wenn man den berühmten 'Leunauer Schalter' reproduzieren würde und der ist schwarz, da braucht nichts bunt gemacht zu werden.

Über dieses Thema sprechen: Regierungspräsident von Harnack in Querfurt am Freitag, den 13. Februar abends 8 Uhr, im Lokal 'Zur Sonne' Polizeipräsident Krüger (Weidenfels) in Goseck am Sonnabend, dem 14. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal 'Kochs Garten'. Sorgt für Massenbesuch dieser Veranstaltungen! Mit den Feinden der Republik wird abgerechnet!

„Der Kampf um Preußen!“

Dampfer hatte trotz der Ralte die ganze Einwohnerschaft an die Zauberer geleitet.

Kreis Deltitzsch

Ellenburg

Wiede, ein Mädchen von heute. Wie es nicht wenige Frauen, Ehefrauen in unserer Zeit geben, die gekümmert um den nächsten Zielabend werden, ist dem bekannt ist, daß das Landeshauptstadt einen Namen angeht hat. Von dem älteren Werten des großen Urtatens mit Frau Warrens Schwester geborenen, welches der Deltitzscher Stadt nun immer über die Mutter geht der Größe des Jubiläums ist im Voraus ge-



fiert. Dem Herr man, hoch die Zettelrolle von Herrn ...

Kreis Jorgau
Jorgau (Stadt)
Ein Konsumverein?

Die letzte SPD-Versammlung nahm den Bericht ...

Rächtlicher Raubüberfall.

Schützen. In der Nacht zum Mittwoch drangen ...

War der Dentist schuldig.

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in ...

Annahme. Geflügelausstellung.

Die hiesige Geflügelausstellung, welche über ...

Kreis Schweinitz

Kreislagung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden

Perberg, den 10. Februar. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden ...

Freund und Hilfsprediger der Invaliden

Anschließend schiederte der Vorsitzende eingehend ...

Arbeitsport

Handball

Hilde Ammenhof - Rummelberg 1 60.

Im Zerstreuungsspiel standen sich beide Mannschaften ...

Sportamtliche Bekanntmachungen.

6. Bezirk (Schöneberg) Spiel Nr. 64 vom 1. Februar ...

Kreis Liebenwerda

Wahl-Beize

Landmannschaft. Die Nazis erleben mit ihrer ...

indefiniten Gelegenheiten schon wieder mit den ...

Landmannschaft. Vortrag. Am Freitag, den 13. ...

Handball. Die Besetzung. Im Handballspiel ...

Arbeitsport

Handball

Hilde Ammenhof - Rummelberg 1 60.

Im Zerstreuungsspiel standen sich beide Mannschaften ...

Sportamtliche Bekanntmachungen.

6. Bezirk (Schöneberg) Spiel Nr. 64 vom 1. Februar ...

Waffen von Ammenhof und Goll. Diese Waffen sind ...

Landmannschaft. Die Besetzung. Im Handballspiel ...

Handball. Die Besetzung. Im Handballspiel ...

Arbeitsport

Handball

Hilde Ammenhof - Rummelberg 1 60.

Im Zerstreuungsspiel standen sich beide Mannschaften ...

Sportamtliche Bekanntmachungen.

6. Bezirk (Schöneberg) Spiel Nr. 64 vom 1. Februar ...

Fische billig
Infolge der Entnahme, gesund,
arbeitslos empfohlen.

Das Bett
wie es sein soll

Metal-Bettstellen mit Patent-
mattensetzen Mk. 17,50 18,50 19,50

Wir offerieren für
Händler und Wiederverkäufer

Achtung!!
Neue und gebrauchte
Arbeits-Schuhe
und Stiefel

Leidertreibriemenstücke
ger., poliert aus Sohlen, empfindlich

Mein
ärztliches Hausbuch
Ein modernes und übersichtliches
Hausarzt-Buch

Beethoven Bruno Paris
Kl. Ulrichstraße 2 bis Doppelz. 9

ZENTRALHEIZUNGEN
LUFTUNGSANLAGEN
SANITAR-EINRICHTUNGEN

Hermann Knoedel Nachf.
Alfred Feuer
Tiefbau- und Eisenbahnbau-Unternehmung

Miche
Mitteldeutsches Brennstoff-Kontor
Lieferung sämtlicher Brennstoffe

KORN & ZOLLNER - HALLE (SAALE)
Fermopreder 237 63 BRÜDERSTRASSE 13

Kaufe bei L. Lewin
Marki 3-6
HALLESCHER MOLKEREI
Verkaufsstellen in allen Teilen der Stadt

Bockwitzer Ländchen
Hofb. elektr. Anlagen, Rohr-
leitung, 1 Jahr Garantie.

Hotel Welikugel
am Bahnhof
Modern einger. Fremden-
zimmer mit heiß. Wasser

Hauptbahnhofswirtschaft
Halle a. S.
Beste Waren zu
Originalpreisen

Wir drucken alle
Hall. Drucker-Gesellschaft m. B. H.



# Roms „Gegnerin“ entdeckt

## Eine Mutengängerin findet eine verfallene Stadt - Das Mädchen vom Lande als Stütze der Wissenschaft

Die ernsthafte Stadt Capena, die größte antike Gegnerin Roms, ist entdeckt! Italien hat eine neue Entdeckung gemacht. Eine unerschöpfliche, freudig ist das Ereignis nicht auf die wissenschaftlichen Fähigkeiten einer Forscherin zurückzuführen, sie anfangs falsche Berichte meldeten. In Wirklichkeit ist die Entdeckung Capenas vielmehr einer tüchtigen Mutengängerin, einem einfachen Landmädchen, zu verdanken. Der zünftige Berichterstatter des „Exp. Preseficiaria“ hatte Gelegenheit, einem ihrer Expeditionsmitglieder zu sein.

Eines Tages führte sie nach dem Dorf Capena, das etwa 30 Kilometer von Rom entfernt, in der Nähe der viel besungeneen Grotte liegt. Dort hatte sich vor kurzem ein plötzliches Erdbeben ereignet. Nur so viel wusste man, daß es nicht auf vulkanische Art entstanden war.

**Wichtig war es zu bestimmen, das wieder und länger das auf neue an.**

Die Vermutung erwies sich als richtig, daß sich der See dadurch gebildet hatte, daß Grottenströmungen der Erdboden zum Einsturz gebracht hatten. Grottenströmungen liegen aber hinwiederum auf das Vorhandensein von Petroleumquellen schließen. Signorina Mattaloni — dies ist der Name der Mutengängerin — glaubte also bei Untersuchung ihrer „Rutenstange“ hier Petroleum zu finden. Sie hatte aber etwas anderes gefunden.

Signorina Mattaloni berichtet, daß sie eine besondere Empfindlichkeit für jene Strahlungen besitze, die nach Berechnungen deutscher Gelehrter in bestimmten Brechungen von den unter der Erde verborgenen Metallen oder Mineralien ausgehen. Diese Strahlungen würden sich bei in der Erde gegebener Gelegenheit auf das sogenannte „überseeische Pendel“ übertragen, d. h. auf die Rute oder den Faden, wie man sie gewöhnlich beim Mutengang der Erde zu tragen pflegt, damit der Pendelschlag möglichst sichtbar werde.

**Statt des gesuchten Petroleum habe sie aber vor einigen Wochen eine ganze antike Stadt entdeckt: das alte Capena!**

Die Mutengängerin hatte nämlich bei einem Gang über das hügelige Gelände festgestellt, daß sich hier und dort Ausstrahlungen von bestimmten Metallen ergaben, einmal von Gold, dann von Kupfer, Bronze usw. An den genau so ihr bezeichneten Stellen wurde in der angegebenen Tiefe nachgedacht. So entdeckte man eine Marmorstraße, eine Reihe von Urnen, die in einem Grab gefunden, Bronzegeräten und silbernen Wägen und vieles andere. Der Direktor der zünftigen Antikervereinigung war gleich nach dem ersten Funde gefahren, um sich die junge Dame auch an Ort und Stelle zu sehen und sich von dem Funde zu überzeugen. So wurde am Ende der ganze Fund der antiken Stadt Capena angetroffen.

**Und man bestimme in diesen Tagen die eigentlichen Ausgrabungen.**

Wissenschaftler waren von an Ort und Stelle angefahren. Wie schon, wie Signorina Mattaloni vor unsen Augen ihren Mutengang begann. Wichtig wurde sie von Aufnahmen versehen. Der gepackte Koffer wurde, den sie gerade von den hübschen Schmiedewerkzeugen abgeholt hatte, begann einen Lang in bestimmten Kurven.

**Der Zeit der jungen Frau taugte gleichsam mit.**

An der Stelle der stärksten Strahlungen, respektive Zugängen, wurde ein Fächchen eingesetzt. Sofort begann das Fächchen zu schlagen. Jedes ging die Erde weiter. Das Spiel mit dem Pendel wiederholte sich. So wurde eine ganze Reihe von Stellen abgeklüftet, wo sich nach Angaben der jungen Frau Christusgräber mit begrabenen Leichenteilen befinden mußten. Als die erste Ausgrabung beendet war, fand man die Angaben der Mutengängerin bestätigt: in einem umgebenen Christusgrab wurden Bronzegeräte und Wägen gefunden. Dann wurde auch an den anderen Stellen nachgedacht — alles stimmte.

So wird eine junge Frau, die nach außen weder außergewöhnlich klug noch besonders empfindlich erscheint, sondern vielmehr der Typ einer einfachen und ruhigen Landjungfer darstellt, zur wichtigsten Mitarbeiterin der gelehrtesten archaischen Wissenschaftler. Bald soll Signorina Mattaloni zu den Ausgrabungen in Pompeji herangezogen werden.

# Flugboot Do. X über den Kanarischen Inseln



Erste Inspektionsflug des Do X über das Palma.

Das deutsche Riesenschiff Do X hat die Fahrt von Lifosan nach Las Palmas in sechs Stunden zurückgelegt. Der Weiterflug von den Kanarischen Inseln jedoch mußte wegen neuer Reparaturen wiederum verschoben werden.

## Attentat in Wien.

Am Mittwoch wurde in der Wiener scheidenden Gerichtsbarkeit von einem beschäftigungslosen Kaufmann namens Gottlieb Jettl ein Attentat auf den scheidenden Legationsrat Jozacek verübt. Der Attentäter feuerte auf den Legationsrat drei Revolverkugeln ab und verletzte ihn so schwer, daß er vermutlich ein Auge verlieren dürfte. Es scheint sich um ein typisches Ewerulantenverbrechen zu handeln. Jettl, der bereits früher einmal im Irrenhaus war, will sich dadurch gerechtfertigt haben, daß sich der scheidende Staat nicht einer von ihm wegen eines unglücklichen Auswanderungsbeschlusses eingeleiteten Schadenersatzklage angenommen habe.

## Aufgehundene Saarmann-Opfer?

Bei Erdbeforschungsarbeiten am Rande des hannoverschen Stadtwaldes, der Eisenriede, wurden

umweit des Waldersee-Denkmalis von Resten menschlicher Leiche von sieben verschiedenen Völkern (Schädeln und einige Knochen und Beinresten) gefunden. Die Knochen lagen etwa 50 Zentimeter unter der Erde. Nach dem Urteil des Sachverständigen haben die Knochenreste eine Reihe von Jahren in der Erde gelegen. Die Polizei vermutet, daß sie von dem Saarmann-Opfern herrühren.

# Die Tragödie einer Mutter

Vor der Strafkammer des Landgerichts III Berlin fand ein Verurteilungstermin für eine unglückliche Mutter statt, gegen die ein Verbrechen wegen Ermordung ihres Kindes in Mord mit Schweb. Am 21. Oktober vorigen Jahres wurde im Schiff im Zeltlager die Leiche eines offensichtlich ertrunkenen etwa fünfjährigen Knaben gefunden. Die Leiche wurde in der Nähe eines Bootes heraufgehoben, trotzdem aber waren die Buchstaben leicht festzustellen. Es wurde ermittelt, daß das Kind einer Frau G. aus Heidenbach i. H. gehört hatte.

Die Mutter wurde unter dem Verdacht des Kindermordes verurteilt. Die Ermittlungen haben ergeben, daß das Kind schon bei der Geburt verkrüppelt und verblödet war und daher in einem Krüppelheim untergebracht werden mußte. Die Mutter war verheiratet gewesen. Aus der Ehe waren zwei Kinder herangezogen, der Ehemann hatte die Familie aber verlassen und lebt in Rumänien. Das getretete Kind war später unglücklich geboren. Ende Oktober wurde Frau G.

# Schweres Bergwerkunglück in der Mandschurei.

Erst am Mittwoch wird ein Explosionsunglück in den Julian-Bergwerken (Mandschurei) bekannt, das sich in der Nacht vom Montag ereignete. Zur Zeit der Katastrophe waren etwa 3000 Bergleute in den Gruben, von denen die Mehrzahl noch immer nicht zurück gekommen ist. Es wird befürchtet, daß viele hundert Arbeiter tot sind.

# Zigarettenbrand in Bordeaux.

Größtenteils der Feuerwehre. Im Alhambra-Theater in Bordeaux ist gestern abend ein heftiger Brand ausgebrochen, der durch die Explosion eines Zigarettenkastens entstanden ist. Das Feuer ist sofort auf die Bühne übergegangen. Günstige Schicksale der Feuerwehr wurden an die Brandstelle berichtet.

# Vernehmung des Mörders Rabit

Der des Mordes an dem Chauffeur Bonid überführte Säufer Rabit wurde noch einmal verurteilt. Es scheint, daß Rabit tatsächlich, wie er behauptet, die Tat allein verübt hat. Wie es ihm gelang, den fünf so vorläufigen Chauffeur zu der Fahrt nach außerhalb zu überreden, ist noch unbekannt. Wahrscheinlich hat Bonid die Fahrt nur deshalb angenommen, weil am 11. Februar ein Wechsel fällig war und die Zentrale noch nicht innummeriert hatte. Nach dem ärztlichen Befund muß Rabit noch mindestens 14 Tage im Krankenhaus bleiben. Nach seiner Wiederherstellung wird er ins Freihamer Gefängnis eingeworfen werden.

# Banama-Schiff noch ohne Mannschaff

Wie die B. J. am Mittag aus Hamburg berichtet, ist es der Reederei Bepmann noch nicht gelungen, eine vollständige technische und nautische Besatzung für den Banama-Dampfer „Sopotlan“ anzumitteln. Die Ausrüstung des Schiffes ist neuerdings auf morgen abgeben worden. Die Reederei bemüht sich dem genannten Boot zufolge unter der Bedingung, daß es sich in der nächsten Woche auf dem Weg nach Mexiko befindet, um eine Ladung Kali für einen Hafen am Golf von Mexiko aufzunehmen.

# Friedländer im Wiederannahmeverfahren feige/prochen.

Das Schurkengericht beim Landgericht III in Berlin hat jetzt den Fräuleinmörder Manasse Friedländer im Wiederannahmeverfahren ohne Hauptverhandlung freigesprochen. Das Gericht hat auf Grund der ärztlichen Gutachten es als erwiesen erachtet, daß der damals 17-jährige Friedländer den Todschlag an seinem 16-jährigen Bruder Waldemar und dessen gleichaltrigen Freund Tibor Földes in einem Zustand von Geistesstörung begangen hat, so daß ihm der Paragraph 51 zugebilligt werden mußte.

# Wißglückter Eisenbahnanschlag

Ein Streckenwärter der Strecke Coblenz-Deinheim entdeckte gestern vormittag in der Nähe des Bahnhofs Coblenz ein handlanglanges Eisenstück, das in der Verbindung zweier Schienen sämtliche vier Schienenstrahlen von den Wurzeln gelöst und außerdem eine der Schrauben, die Schiene und Schwelle zusammenhalten, entfernt worden war.

**Die Befestigungsmittel waren seitlich vom Latort verstreut.**

vermutlich sind der oder die Täter, die im Besitze eines Schraubenschlüssels gewesen sein müssen, bei einer freizeithilflichen Arbeit gefasst worden, so daß eine unmittelbare Gefahr für den erneuerten Eisenbahnzug nicht bestand. Die Nachforschungen der Polizei sind in die Wege geleitet. Der Latort ist übrigens nur etwa 40 Kilometer von dem Werke Coblenz an der Eisenbahn-Panneder entfernt, wo am 18. August 1926 infolge eines ähnlichen verheerenden Anfalls ein D-Zug entgleiste und 25 Personen ums Leben kamen.

# Ein Unsterblicher ohne Erdenrest

## Gutenbergs Grab wird gesucht Zwei Städte im Wettstreit

Von keinem der großen Erfinder weiß man so wenig wie von dem, dessen Wert der Entdeckung der Menschheit in den letzten Jahrhunderten eigentlich erst den Weg freigemacht hat. Man kennt den Johannes Gutenberg nicht einmal die genauen Daten seiner Geburt und seines Todes, man hat kein authentisches Bildnis von ihm; selbst die kleinste Reliquie fehlt.

Nun aber will man wenigstens seine Grabstätte suchen und über ihr aus den freizeithilflichen (oben) oder Nationen einen Tempel der Letzter errichten. Das soll im Jahr 1940 geschehen, das man in Ermangelung eines genaueren Datums der erdennennenden Entdeckung als ihren Geburtsort zu setzen beabsichtigt. Der Direktor des Gutenbergmuseums in Mainz, Dr. Ruppel, glaubt, das Grab Gutenbergs sei in der Nähe von Mainz zu finden. Er ist es auf dem Weg, auf dem die große Revolution in Mainz die Franzosen feierte stand. Deren Platz kann man nun freilich genau. Aber bisher waren sich die Gelehrten noch nicht darüber einig, ob Gutenberg tatsächlich auch dort begraben liegt.

Die wichtigste Stütze dafür war ein aus Frankfurt kommendes Zeugnis. Die dortige Stadtbibliothek nämlich beherbergt ein Manuskript aus dem Jahre 1581: „Geden von alten Tinnen der berühmten Stadt Mainz“. In diesem Manuskript findet sich eine lateinische Fabel. Erwähnung Gutenbergs eine lateinische Fabel, die besagt: „Schließlich ist er gestorben und zu

W Mainz in der Nähe des S. Frans bei seinen Vorgänger begraben worden. Anno Domini 1478“. Der berühmte Frankfurter Historiker Böhmmer nahm einen Frankfurter Patriarchen, Johann Ernst von Clodura, als Verfasser der Fabel an. Clodura hat zwar erst 1710, aber in seiner Vaterstadt fast völlig vergessenen Erfinder gefeiert; doch blieb sein Buch nach Gutenbergs Grabstätte ergebnislos. Auch der Wert seiner Notiz ist zweifelhaft. Denn einmal stimmt sie ja aus sehr später Zeit dann aber gibt sie nicht einmal das Todesjahr Gutenbergs richtig an. Denn dies ist wie mit ziemlicher Sicherheit gefasst werden kann, 1468, wobei aber wieder der Tag zweifelhaft ist. Gewöhnlich nimmt man den 2. Februar an, aber das „Historische Jahrbuch“ für das Vaterland und seine Freunde“ Mainz 1790 hat den 5. Februar beibringt, doch selbst dieses Datum gilt als unsicher.

Immerhin wird die Frankfurter Nachricht gestützt durch die Angaben in einem Freiburger Freibrüderbuch von 1499, der dem ganz fremden Zeit unterwirft ein Epitaph Gutenbergs enthält, das ihm kein Verwandter Adam Weltius gewidmet hat. Darin heißt es:

„Seine Gebeine ruhen in der Kirche des S. Franziskus zu Mainz.“

Man nimmt an, daß diese Angabe auf den Summenrat Jakob Simpheling zurückzuführen ist, der unmittelbar mit der Gründung der Buchdruckerkunst befaßigt hat und in einem Epigramm dieselbe

Nachricht über Gutenbergs Grabstätte überliefert. Aber auch jene Angaben über den Erfinder sind teilweise recht fragwürdiger Natur.

Demgegenüber hat nun der Mainzer Forscher R. G. Bodemann eine andere These geltend gemacht. Er konnte nachweisen, daß die Mainzer Patriarchen fast ausnahmslos nicht die Frankfurter, sondern die Dominikanerkirche ihrer Vaterstadt als Grabstätte bevorzugten. Auch Gutenbergs Familie hätte dort ihre Grabstätten. Bodemann glaubt auch die des Erfinders selbst bestimmt dort nachweisen zu können. Er hat nämlich das Niederländische (Berichts der Jahresberichte der dortigen Beichteten) der Kirche aufgefunden, das am 1430 begonnen und bis etwa 1750 fortgeführt worden ist. Dieses Totenbucheindeutlich bezeichnet man in der Liste ganze Reihe von Mainzer Patriarchen als dort begraben, darunter auch zahlreiche Mitglieder der Familie Gutenberg. Den Erfinder wird er in dem zum 2. Februar eingetragenen

„Johannes zum Einseleisch“

erfinden, dessen Grabstätte nahe der Kanzel nach dem Buche mit den Wappen seines Geschlechtes gezeigt war.

Da eine einseitige und unannehmliche Überlieferung über Gutenbergs Begräbnisstätte fehlt, ist es nicht verwunderlich, daß noch eine andere Stadt Anspruch erhebt, die Gebeine des großen Mannes zu beherbergen: Straßburg. Die Stadt des Weines und der Kaiser Gutenberg war nämlich auch der Ort, an dem er geboren, was mit Bestimmtheit wissen! — Jegen Ende seines Lebens in eine verzeipte Kollage gekommen, aus der ihn der Mainzer Erzbischof Wolf II. von Rastatt befreite. Schließlich um den Mainzer einen Fort anzubauen die lange gegen ihn gekämpft hatten erkannte er Gutenberg zu seinem Dienstmann, wie

gewonnen, das Kind aus dem Heim herauszunehmen. Da die feststehende war und in ihrem Heim nicht mehr von der Erfindung des Kindes wurde, fuhr sie mit diesem nach Berlin, um es bei Verwandten unterzubringen. Sie traute sich dann aber nicht, ihren Angehörigen von der Erfindung des Kindes etwas zu sagen und irzte fundenlang in Berlin umher, bis sie zum Zerstörer kam. Rechtsanwalt Dr. Wisk machte im Verurteilungstermin geltend, daß

**die Angeklagte die Tat aus Verzweiflung begangen habe**

und nicht mit voller Überlegung. Sie habe die Fabel gehört, dem Kind in Wasser nachzugehen, dann sei ihr aber der Gedanke an ihre beiden anderen Kinder gekommen, die ohne sie allein in der Welt dastehen würden. Die Strafkammer beschloß, ein Gutachten von Sanitätsrat Dr. Eppmann abzuwarten, von dessen Ergebnis es abhängen wird, ob die Angeklagte wegen Mordes oder Todschlags erloben werden wird.

**die letzten Jahre seines Lebens in Straßburg verbracht.**

von Verwandten von ihm, die Bestreimung, von 1467 bis 1483 mit Titten aus seinem Vortag gemacht haben, die später in den Besitz der Augereiter zu Wartenhof im Rheingau übergingen. Das noch ziemlich unvollständige in seinem individuellen Charakter erhoffene Straßburgergebäude zu Straßburg, das unmittelbar neben dem Schloß des Reichscommissars Langewitz von S. M. er. liegt, wird von der Sozialtradition noch heute als Gutenberggebäude bezeichnet — und als sein Zerstörer!

Bei dieser Sachlage können nur systematische Ausgrabungen Klarheit schaffen. Sie werden zumindest in Mainz durchgeführt und vollständig sein. Denn sowohl das Dominikaner- wie das Frankfurter Kloster der Stadt sind längst verfallen, und ihr Platz ist von modernen Wohn- und Geschäftshäusern überbaut. Einfacher wären die Nachforschungen in der Straßburger Straßburg. Man hofft jedoch, daß die einst in der Gründung von Straßburg Gutenbergsbestattung in Mainz 1887, auch in der „Gedenke der Letzter“ 1940 alle Kulturnationen beitragen werden.

